

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Amtliches Kilometergeld auf 45 Cent erhöhen

GR. **Pogner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die jüngsten Treibstoffpreiserhöhungen treffen die Autofahrer besonders hart. Die Benzin- und Dieselpreise an den Zapfsäulen haben jetzt einen noch nie da gewesenen Höchststand erreicht. Diese enormen Belastungen sind nunmehr so eklatant, dass sich viele AutofahrerInnen den Treibstoff, den sie aber für ihre Mobilität benötigen, bald nicht mehr leisten können.

Im Vergleich zum November des Vorjahres ist Diesel um 27 Cent und Benzin um 22 Cent teurer geworden.

Besonders betroffen sind davon auch jene ArbeitnehmerInnen, die ihr Fahrzeug für den Dienstgebrauch zur Verfügung stellen. Derzeit gibt es 38 Cent als Kilometergeld, welches bei weitem nicht mehr die Kosten für das Fahrzeug deckt. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, welche ihr Fahrzeug im Dienstgebrauch benützen, sind also die Draufzahler. Es ist daher unbedingt notwendig, rasch Ausgleichsmaßnahmen zu den steigenden Sprittpreisen, Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer und Kfz-Steuer zu setzen. Eine Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes auf 48 Cent, wie sie auch von der Kammervollversammlung beschlossen wurde, wäre daher eine durchaus gerechtfertigte Maßnahme gegen die exorbitant steigenden Preise. Hier muss angemerkt werden, dass das Kilometergeld ohnedies nur für jene Bereiche zur Auszahlung kommt, wo die entsprechenden Genehmigungen der Amtsleitungen vorliegen und es sich bei der Verwendung des Fahrzeuges um das private Kfz des Bediensteten, genehmigt für den Dienstgebrauch, handelt.

Ich richte daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, mit dem Finanzminister Kontakt aufzunehmen, um ihm das dringende Ersuchen der Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes auf 48 Cent näher zu bringen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Verunglimpfung des Buddhismus

GR. Mag. **Molnar** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Molnar**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ende April befand sich auf der Internetseite der kommunistischen Partei Österreichs auf der Startseite eine Bildmontage, die den Dalai Lama mit einem Hitlerbart vor einem Hakenkreuz zeigte.

Im beistehenden Text wurden der Dalai Lama und seine Anhänger in Europa mit der rechtsextremen und antisemitischen Szene in Verbindung gebracht.

Dieses Bild mit beigefügtem Text verletzt eindeutig die Gefühle der in Österreich und in Graz lebenden Buddhisten und verunglimpft die in Österreich offiziell anerkannte Religionsgemeinschaft. Was, wie wir wissen, laut Strafgesetzbuch in Österreich ein schweres Delikt darstellt.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Clubs die

A n f r a g e,

ob du bereit bist, diesen Vorfall vom Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz beurteilen zu lassen (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Auch ich war heute ziemlich entsetzt, das Bild Seiner Heiligkeit des Dalai Lama so verunglimpft auf der KPÖ-Homepage vorzufinden. Ich bin nicht nur bereit, diesen Vorfall dem Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz vorzulegen, sondern ich möchte ihn auch unserem interreligiösen Beirat vorlegen und ich darf Kollegin Frau Stadträtin, dich auch ersuchen, dich klar von dieser Homepage und den Äußerungen, die darauf zu finden sind, zu distanzieren. Es gibt sehr, sehr viele Freunde des Dalai Lama in Europa, die Stadt Graz und viele Menschen in dieser Stadt und auch ich zählen uns zu den Freunden des Dalai Lama, und ich möchte nicht haben, dass Menschen in einer solchen Art und Weise verunglimpft werden und darf dich auch ersuchen, dich klar zu distanzieren beziehungsweise solche Dinge auf der Homepage abzustellen (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kahr**: Ist mir neu, jeder der mich kennt, gut kennt, weiß, dass ich nicht sehr oft ins Internet schaue, das muss ich gestehen, auch nicht unsere eigene Homepage der KPÖ. Wenn das so ist, wie jetzt dargestellt wurde, dann ist das kein Problem, das zu entfernen, das ist ja nicht offiziell von uns, wenn das die Grazer Homepage ist, ich muss es mir anschauen, aber wenn es so ist, wird das auch entfernt werden, weil das deckt sich nicht mit der Haltung der steirischen und Grazer KPÖ.

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Angesicht der Tatsache, dass wir heute eigentlich am Beginn der Gemeinderatssitzung eine friedliche Botschaft mitbekommen haben auch von Vertretern des Dalai Lama, von Tibetern, die am Eingang gestanden sind und uns kleine Geschenke übermittelt haben und als Dankbarkeit dafür, dass wir uns gegen Menschenrechtsverletzungen, als Gemeinderat gegen Menschenrechtsverbrechen ausgesprochen haben, dass wir nunmehr ein weiteres Mal wieder so etwas diskutieren müssen hier im Gemeinderat. Die Darstellung des Dalai Lama als Adolf Hitler, neben Josef Stalin einer der größten Verbrecher der Menschheit, seit Bestehen der Menschheit, ist nicht nur eine Sauerei sondergleichen, sondern dass das noch auf der offiziellen Homepage www.kpoe.at zumindest am 31. März zu finden war, ist für mich einfach entsetzlich und fürchterlich. Und ich rege daher durchaus an, abgesehen davon, dass ich mir nach dem Verhalten der

Kommunisten bei dem Antrag gegen die Menschenrechtsverbrechen in China die Zustimmung erwartet hätte und auch damals schon vorgeschlagen habe, ob man neben dem Nationalsozialismus, neben dem Verbotsgesetz gegen die Nazis nicht auch ein Verbotsgesetz gegen die Kommunisten bald in diesem Land einführen sollte, rege ich aber...

Zwischenruf StRin. Kahr: Seien Sie vorsichtig.

GR. **Grosz:** Da brauche ich nicht vorsichtig sein, Frau Stadträtin, sondern zählen Sie die Toten des Kommunismus weltweit. Unter dem Namen und unter dem Titel des Kommunismus zählen Sie die Toten, zählen Sie die Menschenrechtsverbrechen bis heute und überlegen Sie sich einmal, was es bedeuten würde, dass in diesem Gemeinderat eine nationalsozialistische österreichische Arbeiterpartei sitzen würde. Das wäre fürchterlich, aber wir haben heute hier in diesem Gemeinderat eine Partei sitzen, die nach wie vor den gleichen Namen und die gleiche Ideologie in sich trägt, die für den Mord, für die grausame Vernichtung von Menschen der letzten Jahrhunderte gestanden ist. Gehen Sie einmal in sich, Frau Stadträtin, und ich überlege wirklich auch über meine Freunde im Parlament in Wien und ich rate das auch sehr vielen anderen Fraktionen, über den Nationalrat, in dem Fall wirklich über die Legislative, das Verbotsgesetz gegen den Nationalsozialismus auch zu erweitern, weil das kann es nicht sein, dass wir hier fröhliche Urstände auf dem linken Auge feiern, aber auf dem rechten Auge Gott sei Dank sehen und sich die Gesellschaft von dem rechten Auge mehr oder weniger die letzten 70 Jahre befreit hat. Und was ich sagen will in diesem Zusammenhang und was mir auch ein Anliegen ist, dass es nicht sein kann, und da ersuche ich Sie auch eindringlich, sich nicht nur von diesen Geschichten zu distanzieren, sondern ich ersuche auch sämtliche anderen Fraktionen und insbesondere hier die ÖVP und die Grünen, die sich in einer aufrechten Koalition befinden, die haben eine Koalitionsvereinbarung unterschrieben, dass Parteien, die wegen Menschenrechtsverletzungen überführt worden sind, denen auch selbstverständlich die Parteiförderung zu streichen ist. Und jetzt, mein

sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, da erwarte ich mir, dass Sie dann auch in dieser Frage konsequent sind, denn auf der offiziellen Startseite der Kommunistischen Partei Österreichs, wo die KPÖ Steiermark eine Untergliederung dieser kommunistischen Partei Österreichs ist, quasi eine menschenverachtende Darstellung des Dalai Lama zu finden, entspricht genau den Vorgaben, die Sie im sogenannten Fairnessabkommen unterzeichnet haben und die Sie ständig als Anlass nehmen, um zwei Fraktionen des Grazer Gemeinderates als Nachfolger des Idi Amin darzustellen, also da müssten Sie auch jetzt auch so konsequent sein und selbstverständlich auch in diesem Fall die Kürzung der Parteiförderung andenken und nicht nur das, wenn ich mir die Medien der letzten Tage ansehen, müssten Sie sich auch betreffend der aufnehmenden Sexualorgane und der sexistischen Darstellung der Frau sich auch überlegen, ob man nicht von der Streichung der Parteiförderung die Gemeinderatsfraktion der ÖVP mit einbezieht. Danke.

GR. **Wippel:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Ich betreue die Homepage der KPÖ Graz und schaue täglich drauf, diese Meldung, wie ich sie hier sehe, kommt von der KPÖ in Wien. Wir distanzieren uns natürlich in aller Form von dieser Darstellung. So etwas würde auf unserer Homepage sicher nie Platz finden (*Applaus KPÖ*). Wir werden aber natürlich umgehend auch mit den Wiener Parteifreunden, in dem Fall schwer zu sagen, Kontakt aufnehmen, dass sie dieses Foto natürlich auch sofort entfernen. Jeder, der die politische Situation der KPÖ kennt, weiß natürlich auch, wie die Kommunikation zwischen Wien und der Steiermark läuft. Ich möchte allerdings auch noch, was die Wortmeldung von Gemeinderat Grosz anbelangt, darauf hinweisen, heute ist der 8. Mai, die KPÖ hat im Widerstand gegen den Nationalsozialismus die größten Opfer gebracht und diesen Gedenktag heute dazu zu benutzen, die KPÖ wieder verbieten zu lassen, finde ich auch ein sehr, sehr starkes Stück. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Schönegger:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst, Kollege Gemeinderat Wippel, meine Hochachtung auch für diese klaren Worte und die

Größe, da gleich zu sagen, ich entschuldige mich und distanziere mich. Ich möchte die Gelegenheit dieser Debatte trotzdem nutzen, ein weiteres Auge, ein ernstes Auge auf die KPÖ Graz zu werfen, so sehr ich mich darüber gefreut habe, dass der 1. Mai in dieser Stadt auch am Hauptplatz in diesem Jahr stattfindet, nachdem die SPÖ diesen 1. Platz in der Stadt nicht mehr nutzt, um den Tag der Arbeit zu feiern...

Zwischenruf GR. Herper: Macht euch keine Sorgen.

Mag. **Schönegger**: ...den hat die KPÖ genutzt, das ist gut so, der Tag der Arbeit ist ein historisch für uns alle wertvoller Tag und den darf man nicht so verstreichen lassen, also die KPÖ nutzt ihn. Jetzt lese ich in einer steirischen Tageszeitung, in der Kronen Zeitung vom letzten Mittwoch, also gestern, dass bei diesem Maiaufmarsch der KPÖ in Graz eine Organisation mit Transparenten vertreten war, die sich nennt THKCP. Hinter diesem Kürzeln, nach einer Recherche dieses Journalisten, der anscheinend ein sehr findiger Journalist ist, und auch durch eigene Recherchen kommt man drauf, dass die THKCP eine marxistische Untergrundorganisation in der Türkei ist, die sowohl auf der Europäischen Union, seitens der Europäischen Union, seitens des deutschen Bundesverfassungsdienstes, seitens des österreichischen Verfassungsschutzes als extrem terroristische Organisation eingestuft wird, die auch vor Terroranschlägen nicht zurückschreckt und das Bild, das hier dabei war, zeigt, dass diese THKCP jetzt nicht irgendwelche versprengten Gruppen waren, die da zufällig sich angeschlossen haben, sondern die waren Teil dieses Aufmarsches und, wie es da ja ausschaut, organisierter Teil, weil direkt dahinter, und eigentlich in Reihe und Glied marschiert die KPÖ mit einem Transparent, es lebe der 1. Mai, was in Ordnung ist. Ich erwarte mir von der KPÖ-Führung in diesem Gemeinderat auch zu diesem Punkt eine klare Stellungnahme. Heute sind die Bezirksvorsteher angelobt worden, die Gelöbnisformel ist wortident mit der Gelöbnisformel, die die Gemeinderäte zu leisten haben und das sollte man schon auch zum Anlass nehmen, das noch einmal zu überdenken und ich bitte die KPÖ in ähnlich toller Form, wie das

Kollege Wippel gemacht hat, hier auch klare Worte zu finden. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Sehr geehrte Damen und Herren! Der interreligiöse Dialog ist eine der wichtigen Säulen der Friedenspolitik von Graz. Ich habe bis jetzt wahrgenommen, dass fast alle Fraktionen, und da meine ich jetzt auch die KPÖ, durchaus sehr respektvoll mit dieser Säule umgehen. Zum Herrn Gemeinderat Grosz möchte ich sagen, also Ihre Ereiferung ist mir irgendwie fremd, Sie haben einen Wahlkampf geführt mit dem Slogan „Wir säubern Graz“, denken Sie über diese Worte nach, denken Sie über diesen Slogan nach, woher der kommt, vielleicht ist er von irgendwo abgeschrieben, was ziemlich nahe liegt, Herr Grosz, und ich würde meinen, verändern Sie Ihre Politik und dann verstehe ich eher Ihre Aufregung, die jetzt eine sehr künstliche war (*Applaus Grüne*).

3) Containeranlage für die Freiwillige Feuerwehr

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Stadtssenatssitzung vom 25.4. wurde die Überführung der gemeindeeigenen Containeranlage zur Feuerwache Graz-Süd und die Adaptierung der selbigen beschlossen.

In diesem Zusammenhang stellen sich viele offene Fragen: Ein paar seien hier angeführt: Dienen die Container dem Aufbau einer Freiwilligen Feuerwehr in Graz? Das wäre ja etwas Neues oder gar ein Systemwechsel.

Ist eine Containeranlage mit den Klimaschutzzielen der Stadt Graz vereinbar? Ich persönlich vermute, dass die Containeranlage von der Wärmedämmung her nicht der

Energieeffizienzklasse A für Gebäude entspricht, aber das müsste man sich im Detail anschauen.

All diese Fragen hätte ich viel lieber im Ausschuss gestellt – aber dieses Stück war in keinem Fachausschuss, weil es als Stadtsenatsstück behandelt wurde. Neben diesen inhaltlichen Fragen stellen sich somit auch juristische Fragen zum Statut der Stadt Graz:

Warum war das Stück eigentlich nicht im Gemeinderat? Geregelt wäre die Zuständigkeit im § 45 unseres Statuts.

Die Gesamtkosten der Containeranlage betragen rund 1 Million Euro und setzen sich aus geplanten Ausgaben von 701.000 Euro und einem Eigenbeitrag der Feuerwehr in Höhe von rund 300.000 Euro zusammen. Der Eigenbeitrag der Feuerwehr wird in Form von Eigenleistungen erbracht. Mit den Gesamtkosten von 1 Million Euro sind ganz offensichtlich alle Grenzen des § 45 des Statuts überschritten, das Stück müsste eigentlich im Gemeinderat beschlossen werden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, warum zählen Sie die Eigenleistung der Feuerwehr nicht zu den Gesamtkosten des Projektes? Meines Wissen werden Eigenleistung innerhalb der Stadt Graz üblicherweise sehr wohl berücksichtigt, beispielsweise zahlen die Kindergärten für das Essen der Zentralküche, werden Leistungen zwischen Abteilungen auch verrechnet.

Wenn Sie die Eigenleistung zu den Projektkosten dazurechnen, überschreiten Sie die Wertgrenze, die das Stück gemeinderatspflichtig macht. Noch ein Aspekt ist von Interesse:...

Zwischenruf unverständlich.

DR. **Wohlfahrt:** Im Stadtsenat haben es alle Parteien gesehen das Stück...

Zwischenruf GR. Herper: Ihr auch.

Dr. **Wohlfahrt**: Ja eh, wir auch. Noch ein Aspekt ist von Interesse:...

Zwischenruf GR. Herper: Das sind Basishinterfragungen.

Dr. **Wohlfahrt**: Na eh, wir sollten ja schauen, dass man ein bisschen eine Regelung hereinkriegen. Sind Sie sicher, dass die Übersiedlung der Containerlage und deren Renovierung als Umbau eines Gebäudes zu werten ist?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meines Erachtens hätte dieses wichtige Projekt der Stadt Graz mehr Transparenz und mehr Offenheit verdient – und einen zuvor diskutierten, offen erkennbaren Gemeinderatsbeschluss. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Männer gegen Gewalt und für Gleichstellungspolitik

GR. **Baumann** stellt folgende Anfrage:

GR. **Baumann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen und Kolleginnen! Mein Name ist Heinz Baumann, falls ein Kollege das noch nicht weiß. Meine Anfrage an den Herrn Bürgermeister wollte ich eigentlich als Frage einbringen, um sofort eine

Antwort zu bekommen. Sie wurde nicht als Frage zugelassen und es ist schon auch zu überlegen, warum nicht. Also es geht um die Gleichstellungspolitik der Stadt Graz und meines Erachtens ist die Gleichstellungspolitik bei Ihnen, Herr Bürgermeister, in der Verantwortung. Meine Überschrift „Männer gegen Gewalt und für Gleichstellungspolitik“. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Mit Verwunderung und Entsetzen musste ich im Falter und im Standard über Ihre Unterstützung der Thesen von Walter Hoffmann bezüglich der Unterlegenheit des weiblichen Geschlechts gegenüber dem männlichen lesen.

Keine Grundannahme rechtfertigt Vergewaltigung und Unterdrückung durch Männer. Gleichstellungspolitik braucht fundierte Ausgangsbasen und Theorien. Es gibt viele Theorien über Männlichkeiten und Weiblichkeiten und Geschlechterunterschiede. Warum stützen Sie sich gerade auf diese Theorie?

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist relativ einfach. Nachdem ja gegen beide Zeitungen schon Anklage erhoben worden ist, das heißt, es gibt ein gerichtliches Nachspiel, möchte ich heute nur, Sie werden das auch schriftlich von mir dann bekommen, nur so viel dazu sagen, dass es sich hier auch in meiner Abwesenheit von Graz um das reine Zitieren einer Passage geht, ich sage das da relativ deutlich, ich glaube, auch in diesem Hause immer schon das gelebt zu haben, was Sie sich auch unter Gendern vorstellen, dass es darum geht, hier ein Buch zu interpretieren, dass werden dann die Gerichte entscheiden, weil sich auch der Verfasser des Buches, in dem es im Übrigen um ganz was anderes geht, nämlich um Stress etc., sich jetzt mit den beiden Medien auseinandersetzen wird. Ich sage nur noch einmal, ich habe ein Vorwort geschrieben, das sich auf etwas anderes bezieht und Sie werden das dann auch von mir jederzeit bekommen können. Ich lade da im Übrigen alle Gemeinderatsmitglieder und Stadtsenatsmitglieder ein, wenn es Sie interessiert, ich habe extra Bücher besorgt, damit man da nachlesen kann, weil die Interpretationen, die hier Journalistinnen und Journalisten an den Tag gelegt haben, mit denen kann ich nicht mit, möchte mich auch gar nicht dazu äußern, ich möchte das aber auch hier sagen und es gibt in diesem Buch einige Kapitel, die ein Wissenschaftler geschrieben hat, mit dem soll man sich auseinandersetzen und mir nicht diese Thesen quasi jetzt unterstellen oder eine Diskussion vom Zaun brechen, bedanke mich auch, dass ich Gelegenheit habe, das hier in aller Öffentlichkeit zu sagen, das andere wird ein

gerichtliches Nachspiel haben. Ich glaube, dass hier über das Ziel geschossen wurde (*Applaus ÖVP*). Das hat mehr als weh getan, möchte ich auch dazu sagen, ich habe auch einen Chefredakteur angerufen, den vom Falter, und habe ihm das auch gesagt. Mit dem Standard habe ich sowieso nie gesprochen und jetzt soll auch der Standard mit seinen Passagen das mit dem Verfasser dieses Buches dann auch letztendlich klären. Ich bitte da aber wirklich auch um Verständnis, ich habe auch gar keine Lust, mich da drüber weiter zu verbreiten. Es wurde hier quasi eine Unterlegenheit der Frau mir unterstellt oder diese Aussagen mir unterstellt. Ich habe das Buch zitiert aus dem Bereich und ich lade wirklich jeden ein, auch mein Vorwort zu lesen und jeder, der schon Vorwörter geschrieben hat, weiß auch, dass es vorher nicht möglich ist, jede Broschüre und jedes Buch auch wirklich von vorne bis hinten durchzulesen und sich dann auch mit allen Ausführungen, die da drinnen sind, dann auch identisch zu erklären. Ich habe es vorher nicht gelesen, ich war nicht einmal da. Aus meinem Büro ging eine Wortmeldung, eine klare Wortmeldung hinaus, wo man versucht hat, diese zwei Passagen zu zitieren und dass man auch glaubt, dass das ein Wissenschaftler geschrieben hat, den man hier zu befragen hat und dann kam von mir eine Passage, die aus meiner Sicht nicht so deutlich, und die kann jeder von mir gerne schriftlich haben, wiedergegeben worden ist, nämlich die, dass wir einen Geschlechterunterschied auf Grund einer Kulturansicht zu verändern haben und wir in der Politik haben den großen Auftrag, darauf zu achten, dass die Unterschiede, die es leider noch immer gibt, klar und deutlich wegkommen. Ich lebe das hier im Haus, ich lebe das in meinem Unternehmen, ich lebe das bei mir zu Hause und ich bitte Sie, dass Sie mir solche Thesen nicht unterstellen und dass so etwas nicht zu einem Läufer wird, wo ein Journalist von einem anderen abschreibt. Ich war also mehr als verschreckt, dass der Standard solche Seiten bringt, mit mir aber auch im Falter, mit mir persönlich niemand das Gespräch gesucht hat. Es gab einige offene Briefe, ich sage das auch ganz deutlich, ich habe jedem, der diesen offenen Brief geschrieben hat, ob es die Kollegin Edlinger war oder auch andere Frauen aus der steirischen Politik ganz klar auch geantwortet, auch das Buch übermitteln und bitte, das heute so hinzunehmen. Mehr kann ich da im Moment auch nicht sagen, ansonsten gibt es, wie gesagt, eine rechtliche Auseinandersetzung zwischen den Medien und dem Verfasser des Buches (*Applaus ÖVP*).

5) Unterordnung von Frauen und Gleichstellungspolitik

GRin. Mag.a **Grabe** stellt folgende Anfrage:

Mag.a **Grabe**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Meine Anfrage geht in eine ähnliche Richtung, das heißt, ich nehme mal an, dass die Antwort von Ihnen auch in eine ähnliche Richtung gehen wird. Ich nehme das aber zum Anlass, es ein wenig in einen anderen Bereich zu lenken. Die Anfrage jetzt ist: Es gibt in diesem Buch, das jetzt Thema der Diskussion war, Passagen, die Gefahr laufen, ebenso zu interpretiert zu werden, dass eindeutige Formen von Gewalt, in diesem Sinne sexualisierte Gewalt, wie sie Vergewaltigungen usw. darstellen, verharmlost werden dadurch, dass sie als quasi biologisch vordefiniert oder sonst wie bezeichnet werden. Das ist ein Phänomen, das man in vielen anderen Bereichen auch findet, ich weise nur darauf hin auf Begrifflichkeiten, die man in den Medien immer wieder hört. Vor kurzem war noch zu lesen von einem früheren freiheitlichen Politiker, der über, Zitat, eine Sexaffäre gestolpert sei, das war keine Sexaffäre, das war ein krimineller Übergriff, der aber mit dem Begriff „Sexaffäre“ verharmlosend und verfälschend umschrieben wurde. Ähnliches passiert mit Begriffen wie Kinderschändung, die Kinder sind sicher nicht geschändet, sondern die Schande ist wohl beim Täter zu suchen und so ist es eben auch in diesem Bereich, den man immer wieder hört, die biologische Unterlegenheit der Frau, die Triebhaftigkeit, die die Männer immer wieder, wo es immer wieder heißt, die Männer nicht so unterdrücken können, was natürlich ein Schwachsinn ist.

Meine konkrete Frage ist jetzt zum Thema sexualisierte Gewalt, wie Sie diesen Anlass, den es jetzt gegeben hat, zum Anlass nehmen, darauf zu reagieren einerseits in Bezug auf die Sprache, die sowohl hier in diesem Haus als auch in öffentlichen Aussendungen usw. verwendet wird, aber auch in Bezug auf konkrete Maßnahmen, die einen politisch, rechtlichen und anderen Handlungsbedarf betreffen zum Thema sexualisierte Gewalt. Dass also Übergriffe sexueller Art bis hin zu Vergewaltigungen nicht als Kavaliersdelikt oder Sonstiges hingenommen werden. Ich würde Sie bitten, dass Sie diese Überlegungen miteinbeziehen in Ihre Stellungnahme, die Sie ja angekündigt haben, die wir erhalten werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also ich biete noch einmal an, dass Sie sich die Kapitel selbst durchlesen, auch in diesem Buch, vielleicht haben Sie es auch schon getan, da geht es ja einmal um die Unterlegenheit der Frau, Sichtweise des Verfassers, und einmal um die Unterlegenheit des Mannes, es gibt zwei Kapitel, im einen als auch im anderen. Ich persönlich möchte nicht dazugezählt werden, so wie Sie es jetzt auffassen, zu den Menschen, die in irgendeiner Form das verharmlosen würden und distanzieren mich ganz klar davon. Also sexuelle Gewalt ein ganz, ganz schlimmes Thema (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Herr Bürgermeister, lieber Siegfried! Ich war sehr gespannt auf deine Antwort, weil eines hat mich schon sehr interessiert, also du erklärst ja jetzt, dass du dich mit diesen Thesen nicht identifizieren möchtest. Ich habe nicht ganz verstanden, ob du jetzt meinst, ob das, was in dem Buch drinnen steht, dem entspricht, was die Journalisten und Journalistinnen dargestellt haben oder ob es dem nicht entspricht, ich habe es mittlerweile auch gelesen. Meinem Eindruck nach ist es einfach blanker Biologismus, der da drinnen steht, auch diese These über die Schwäche der Männer ist eine biologistische und hat mit dem tatsächlichen Stand der Wissenschaft so gut wie überhaupt nichts zu tun. Was mich, und jetzt lassen wir einmal vorübergehen, dass du Zeiten gehabt hast, in denen du mitgeteilt hast, dass du Türken nicht gerne im Wohnzimmer sitzen hättest und dass du Zeiten hattest, in denen du meinst, dass auch Homosexualität eine heilbare Krankheit wäre und dann hast du mit Lisa Rücker gesprochen und die Erleuchtung ist gekommen und die Lisa hat uns mitgeteilt, dass alles besser werden wird. Jetzt ist es so, dass du das nicht gesagt hast, nur dein Büro sich in irgendeiner Form geäußert hat, die von dir nicht autorisiert war. Das muss man sich natürlich, diese Culpa in eligendo, Herr Hofrat, kennst du auch natürlich zurechnen lassen als Politiker. Was mich jetzt aber wirklich irritiert hat an deiner Antwort ist, dass du uns mitteilst, dass du zwar Vorwörter schreibst, aber die Bücher, zu denen diese Vorwörter sind, nie gelesen hast. Ja, du tust das ja nicht als Privatperson, Herr Bürgermeister, du bist ja ein offizielles Organ, du bist Bürgermeister der zweitgrößten Stadt Österreichs und in der hat das Gewicht, was du sagst. Vielleicht mehr, als uns allen lieb ist, aber es hat nun mal Gewicht und das Problem besteht jetzt darin, wenn du diese Vorwörter schreibst zu Büchern, deren Inhalt du nicht kennst und von denen du dich im Nachhinein

distanzierten musst, dann kommst du einfach in eine schwierige Situation und mit dir die ganze Stadt in eine schwierige Situation, weil der Eindruck zu Recht entsteht, dass das eine Meinung ist, die in Graz von einer doch ganz nennenswerten politischen Kraft getragen werden würde. Du nimmst es jetzt zurück und wir werden dann ja sehen, was davon in den Zeitungen steht und ob das auch in der gleichen Form dementiert wird, wir werden auch sehen, wie die medienrechtlichen Prozesse ausgehen und ich wünsche dir von Herzen, dass sich alles so bestätigt, wie du es uns ja auch sicher mit bestem Wissen sagen konntest. Ich bitte dich nur um eines: Schreibe keine Vorwörter mehr oder wenn du sie schreibst, lies die Bücher, zu denen sie von dir geschrieben worden sind (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte gleich unmittelbar darauf antworten. Erstens unterstützte ich keine biologistischen Thesen, wie du es nennst.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist so, das ist das eine. Das Zweite ist, in der Politik sollte man zumindest etwas gesagt haben und wenn schriftlich zwei Zitate aus dem Buch genannt werden und danach eine Klarstellung von mir kommt, die nicht in dem Ausmaß dann auch veröffentlicht werden, wie ich es mir wünschen würde, nämlich das, dass ich dafür kämpfen werde, dass es zu einer Gleichstellung von Mann und Frau in unserer Gesellschaft kommt und dass es da keinen Stärkeren und keinen Schwächeren gibt, sondern man sich auf Augenhöhe trifft, dann brauche ich auch keine Belehrungen. Ich hätte nur ganz gerne nur Diskussionen über etwas, was ich gesagt habe und ich habe da nichts gesagt, sondern da handelt es sich im ersten Teil um ein Zitat dieses Buches und ich sage noch einmal, ich wünsche allen viel Spaß, wenn man aufgefordert wird, Vorwörter zu schreiben, auch Bücher und Zeitschriften und alles, was da sich im Druck befindet, vorher eindeutig zu lesen. Wie

schnell jemandem ein Wort auskommt, haben wir im heurigen Jahr auch schon einmal erlebt, aus der Sicht eurer Fraktion und ich habe es eigentlich sehr schön gefunden, dass damals eine politische Kultur da war, wo alle gesagt haben, können wir da einmal schnell auch mit der Kollegin Edlinger vorher das Gespräch suchen. Ich war ein bisschen überrascht, weil ich komme zurück von einer Auslandsreise, finde das in den Medien vor und dann hat es ein paar öffentliche Briefe gehagelt, wo ich mir auch gewünscht hätte, dass diese Persönlichkeiten vorher mit mir Kontakt aufgenommen hätten, da hätten wir vielleicht einiges wegräumen können. Ich persönlich halte gar nie was davon, mit Medien einen Prozess zu führen. In dem Fall geht es aber darum, dass der Autor dieses Buches selbst erklären soll, und man kann jederzeit auf ihn zugehen und mit ihm diskutieren, was er da meint, ich glaube auch nicht, dass er biologistische Thesen vertritt, sondern dass er in Wahrheit ein Buch über Stress geschrieben hat und das war es aus meiner Sicht. Ich werde keinen Prozess selber führen, das tue ich nicht und werde ich auch möglichst unterlassen, ich habe es zehn Jahre nicht getan, wie schnell sich hier eine Lawine von Wortsalven ergibt und dann in der Öffentlichkeit ein Bild entstehen lässt, das ich nicht bin. Deswegen habe ich auch da ganz deutlich gesagt, mir hat es richtig weh getan, das soll man auch zugeben, das passiert oft und jetzt hat sich die Frau Kollegin Edlinger gemeldet. Mehr sage ich heute eh nicht dazu.

StRin. **Edlinger**: Werter Herr Bürgermeister! Ich weiß nicht, welche Erinnerung Sie haben, aber, weil Sie angesprochen haben die von mir getätigte Wortwahl, für die ich mich sofort dort noch vor Ort entschuldigt habe und gesagt habe, es tut mir leid, das war keine richtige Wortwahl und das auch den Medien so gesagt habe, da haben wir kein persönliches Gespräch vorher geführt, bevor Sie zu den Medien diesbezüglich Stellung genommen haben, erstens. Zweitens, auch ich wollte fair sein, wie ich das gelesen habe und habe meinen Brief an Sie in Form von Fragen formuliert. Ich muss einmal schließlich und endlich davon ausgehen, dass das, was ich in der Zeitung als zitiert lese ja nicht falsch ist. Sie haben mir ja netterweise als Antwort auf meinen offenen Brief dann das Zitat zukommen lassen, das Sie schriftlich dem Falter offensichtlich oder Ihr Büro dem Falter zur Verfügung gestellt haben. Wenn ich das lese, lese ich es noch immer so, wie ich es im Falter gelesen habe, wie wohl ich Ihnen schon zugestehe, dass der letzte Absatz, wo Sie sich auf Gleichstellungspolitik

beziehen, nicht gedruckt wurde. Das Buch, mag sein, dass vielleicht die eine oder andere Anregung im Zusammenhang mit Arbeit oder Angst und Stress für Sie was Nettes oder Gutes sein sollte, es zieht sich ein bisschen durch, durch das Buch. Da gibt es dann auch so die Passagen, dass Frauen ihre Macht auch im Berufsalltag einsetzen und mit dem Begehren ihrer männlichen Vorgesetzten spielen, ist eine bekannte Tatsache. Also die aufnehmenden und eindringenden Sexualorgane und was welche...das kennen wir schon aus der medialen Darstellung. Es ist halt einfach ein psychoanalytischer Hardcore-Ansatz mit einer sehr, sehr starken biologistischen Argumentationslinie...

Zwischenruf GR. Mag. Spath: Dann lesen Sie Reicht.

Zwischenruf GR. Grosz: Sigmund Freud im Grazer Gemeinderat.

StRin. **Edlinger**: Das ist schön, dass wir mehrere Experten hier haben, was...aber Lieblingsautor wird der Hoffmann sicher nicht.

Zwischenrufe unverständlich.

StRin. **Edlinger**: ...da müsste es erst standhalten dieses Buch dem Vergleich (*Applaus SPÖ*).

GR. **Baumann**: Also, mir geht es jetzt nicht um irgendwelche Wörter, die nicht gefallen sind und ausgetauscht werden sollen, sondern es geht darum die Gleichstellungspolitik dieses Hauses auf eine theoretisch fundierte Basis zu stellen, die keine biologistische ist. Und dieser Diskurs, den sollten wir schon alle geben, es sind soziologische, gendertheoretische, feministische, männerkritische oder auch religiöse, medizinisch-psychiatrische Theorien, da gibt es Unterschiede. Da gibt es Unterschiede auch in der Interpretation dessen, was es bringen soll diese Gleichstellungspolitik und wohin sie führen soll. Die Maßnahmen hängen sehr davon ab, welchen Theorien wir sozusagen vorrangig den Glauben schenken und das war mein Impuls, dieses von mir Gelesene oder von wahrscheinlich allen Gelesene im Standard und im Falter da zur Diskussion zu stellen. Wir werden gemeinsam die Gleichstellungspolitik zusammenbringen in diesem Haus, das weit weg sein wird von biologistischen Ansätzen. Wir werden ein Gendermainstreamingprojekt, das vielleicht abgeschlossen ist oder weitergehen sollte, hier in diesem Haus diskutieren und da fordere ich euch und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf, sich auch damit zu beschäftigen von welcher Basis auch Sie sie in diese Diskussion auch einbringen (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Ich gehöre nicht zu den Pflichtverteidigern des Herrn Bürgermeister Nagl und es wird heute auch oft noch die Gelegenheit geben, dass ich auf seine Psyche auch im Hinblick auf das Handyverbot zu sprechen komme und da werden noch einige Fetzen fliegen, aber ich bitte jetzt wirklich, diese Diskussion zu beenden, beantrage daher ein Ende der Debatte und empfehle allen 56 Gemeinderäten Sigmund Freud für Anfänger. Ich danke Ihnen.

Der Antrag von GR. Grosz wird mit Mehrheit abgelehnt.

GR. Mag. **Spath**: Ich wollte nur ganz kurz eines in Erinnerung rufen, unabhängig von dem, was Herr Hoffmann hier jetzt inhaltlich schreibt. Ich glaube, auf

wissenschaftliche Diskussionen brauchen wir uns hier nicht einzulassen. Aber ein Vorwort ist keine Rezension, Herr Stadtrat Riedler, das was Sie fordern, dass man zuerst ein Buch liest, um ein Vorwort schreiben zu können, Sie fordern, dass hier rezensiert wird, ist reiner Blödsinn, was Sie fordern...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Zensuriert.

Mag. **Spath**: Zensuriert in dem Sinn sogar, das ist nicht der Sinn eines Vorwortes und ich freue mich, der Oskar Werner hat einmal gesagt, schauen Sie, wenn in Österreich wer was schreibt, kommen zehn andere mit Schubert-Hölzln und heizen zu dem dazu. Das ist der Unterschied zwischen Österreich und Frankreich, weil in Frankreich kommen auch zehn andere und schreiben vielleicht bessere Vorworte. Herr Stadtrat Riedler, ich freue mich in den nächsten Jahren als Kulturstadtrat auf Sie, wo Sie wahrscheinlich bessere Vorworte schreiben als manche andere, Ihrer Meinung zumindest, aber dann haben wir zumindest zwei Vorworte und nicht einen Haufen Asche, so wie Sie das bisher praktizieren, wenn Sie da als Zünder für irgendeinen Vorwortschreiber hier funktionieren und agieren. Also, in dem Sinn würde ich bitten, dass Sie einfach etwas dagegen schreiben und auch mit dem Wort gegen das Vorwort antreten und zum Schriftsteller und nicht zum politischen Unterschriftsteller werden. Ich danke Ihnen (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Wir können das gerne so im Dialog machen. Also, der Herr Bürgermeister schreibt wortwörtlich „Ich kann mich nicht erinnern, in dem Buch etwas von der biologischen Unterlegenheit der Frau gelesen zu haben“, also kann man einmal davon ausgehen, auf Grund der eigenen Angaben, er hätte es gelesen, heute sagt uns der Bürgermeister, er hat es eh nicht gelesen. Im Übrigen kenne ich so gut wie Sie möglicherweise den Unterschied zwischen einer Rezension und einem Vorwort, aber auch, wenn man ein Vorwort schreibt, hat man normalerweise das,

worüber man das Vorwort schreiben möchte, gelesen und wenn Sie es anders machen, Herr Kollege, dann muss ich es Ihnen überlassen, ich halte das für keine professionelle Vorgehensweise.

Zwischenruf GR. Dr. Piffli-Percevic: Ich wünsche dir viel Glück.

Dr. **Riedler**: Einem widerspreche ich aber, was der Herr Klubobmann da von sich gegeben hat per Zwischenruf, nämlich, da muss ich ein bisschen lauter werden, weil du da hinten jetzt sitzt auf einmal in der vorletzten oder vorvorletzten Reihe, damit du mich auch verstehen kannst, lieber Bernd Schönegger. Übrigens, danke für deine Sorge um den ersten Mai und den Hauptplatz, also ich kann mich nicht erinnern, dass die ÖVP jemals mehr als 100 Leute zu einem ersten Mai hingebraucht hätte, bemüht euch, da kannst du einen Beitrag leisten zu dem Feiertag (Applaus SPÖ), aber jetzt einmal davon abgesehen. Jetzt zu dir, lieber Herr Klubobmann Hofrat Dr. Peter Piffli-Percevic. Ich weise es schlicht und einfach zurück, dass ich niemals irgendjemandem eine Zensur unterstellt oder zukommen hätte lassen, so etwas tue ich prinzipiell nicht. Wenn du das mir unterstellst, ich halte das, gelinge gesagt, schon für eine ziemliche Beleidigung und Kränkung. Wahr ist, was man sagt und was man hört und das Wort Zensur wird von mir nicht verwendet und unterstelle ich auch niemandem. Ich habe nichts anderes, damit du es auch verstehen kannst, lieber Klaus, du bist vielleicht zuviel mit KFA-Akten befasst, jetzt erkläre ich dir das ganz kurz. Es ist keine Zensur, wenn man ein Vorwort verweigert, weil man in einem Buch etwas gelesen hat, was einem nicht passt. Der Herr Bürgermeister kommt immer zu spät drauf, wofür oder wogegen er ist, das ist unser Problem in Graz (Applaus SPÖ).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Hoher Gemeinderat! Es ist doch notwendig, dass ich vielleicht die Gedanken kurz darlege, die dann zu diesem Zwischenruf geführt haben.

Es war tatsächlich die Überlegung, wir leben in einer Universitätsstadt, die sowohl technisch, wissenschaftlich ausgezeichnet, aber vor allem auch und in der Tradition geistes- und kulturwissenschaftlich eine finstere Vergangenheit hat, als es um die Gegenrevolution ging, dazu wurde die Universität geholt und wir sind heute stolz, dass wir gerade an unseren Universitäten die Menschenrechte ganz hoch halten und kultivieren und wir sind auch die Menschenrechtsstadt. Und meine Gedanken zu dieser Debatte und zu diesem Problem sind: Die Grundfreiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, das ist ein Grundrecht und es ist interessant, dass sozusagen hier eine Debatte zwischen dem Bürgermeister, der sehr, sehr viel für die Wissenschaften macht und getan hat und tut, und dem neuen Kulturstadtrat entstanden ist und ich glaube, es ist vielleicht ein guter Anlass, die Dinge doch zu besprechen, die heute hier Gegenstand dieser Debatte sind. Ein Vorwort zu einer Publikation, die zweifelsfrei einen wissenschaftlichen Hintergrund hat, kann nicht heißen, dass der Vorwortverfasser sich wissenschaftlich damit identifizieren muss oder, und das ist jetzt der Ansatz...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Hat er es gelesen, das ist die Frage?

Dr. Piffli-Percevic: ...denn, wenn er das nicht tut, würde er eine Zensur, für sich jedenfalls, erteilen. Dieses Werk ist nicht allzu dick, aber es gibt viele Werke, die hunderte von Seiten beinhalten und ich möchte hier klarstellen: Es ist zunächst und grundsätzlich eine Ehre, wenn ein Wissenschaftler, ein Publizist den Bürgermeister oder den Kulturstadtrat auch ersucht um ein Vorwort und ich möchte hier klarstellen, dass das grundsätzlich nicht heißt wissenschaftliche Identifizierung mit dem Inhalt. Die Wissenschaft und Lehre, die Freiheit der Wissenschaft ist etwas derartig Heikles, dass man diesen Stellenwert heute auch hier klar hervorheben muss und ich würde auffordern, auch in Zukunft Vorworte zu schreiben, um diesen wissenschaftlichen Prozess zu unterstützen und nicht durch Pauschalzusammenhänge, die so nicht sind, zu verunmöglichen. Das entspricht nicht dem Standard in einer

Wissenschaftsstadt wie Graz angestrebt wird, das wollte ich sagen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das ist Wissenschaft.

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit vielleicht einmal eine wichtige Frage geklärt ist, bevor ich ein Vorwort schreibe, versuche ich den Menschen kennenzulernen und ich habe Walter Hofmann in letzten Wochen und Monaten kennengelernt, er gehört zu einem der vielen Menschen, mit denen ich so manches diskutiere, er hat mich darum gebeten, ich habe einen Erstentwurf des Buches überflogen, habe mich in erster Linie mit den Passagen beschäftigt, die mir wichtig waren. Stehe zu jedem Wort und zu jedem Satz und zu jedem Beistrich und zu jedem Punkt meines Vorwortes, das bezieht sich nämlich auf das wichtige Thema Reizüberflutung, Stress, das Wohlfühlhaus, all das, was sie von mir schon gehabt haben, auch über Ängste. Mein Vorwort bitte wörtlich zu nehmen, das was hier gestanden hat auch in der Aussendung, die ohne mich verfasst worden ist, auch als Wiederholung und als Zitat des Buches und des Wissenschafters, der über ein Thema geschrieben hat und das war es und sonst darf ich Sie bitten, die Inhalte mit dem Verfasser zu diskutieren und nicht mit mir. (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Lang habe ich mir überlegt, ob ich etwas sagen soll, jetzt muss ich doch etwas sagen. Herr Bürgermeister, ich würde mich mit allem jetzt zufrieden geben, wenn ich nicht in der Zeitung gelesen hätte, und jetzt müssen Sie mich berichtigen, dass der Herr Hofmann zu ihrem Beraterteam gehört oder einer Ihrer Berater und Sie schätzen ihn. So las ich es im Falter und wenn ich den Herrn Hofmann als Berater schätze, als meinen politischen Berater, dann würde ich aber, wenn ich mich jetzt so distanzieren, wie Sie es gemacht haben, würde ich mich mit ihm aber auch dahingehend noch einmal auseinandersetzen, denn der Begriff

Biologismus ist hier heute schon eingebracht worden und wenn ich weiß, dass der Biologismus ein Instrument dafür ist, patriarchale Herrschaft aufrecht zu erhalten und wenn ich weiß, dass zur Aufrechterhaltung dieser patriarchalen Herrschaft und der Aufrechterhaltung der Ungleichheit die Wissenschaft sozusagen als Mittäterin herangezogen wird, dann erst recht würde ich Sie auffordern, mit dem Herrn Hofmann dahingehend den Dialog zu führen, weil es eben nicht angeht in einer Stadt, wie unsere Stadt sie ist, das einfach so unhinterfragt zu lassen und darum würde ich Sie bitten, denn ich glaube, wir haben mehrmals bewiesen, dass wir als Stadt den Menschenrechten ein großes Gewicht geben. Und Biologismus ist den Menschenrechten entgegengesetzt (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir werden, wenn es Ihnen recht ist, Frau Gemeinderätin, den Herrn Hofmann einladen und alle, die ein Interesse an der Diskussion haben, sind eingeladen, dann daran teilzunehmen und mit dem Herrn Hofmann das zu diskutieren.

6) Handygebot

GR. **Baumann** stellt folgende Anfrage:

GR. **Baumann**: Sie erlauben ganz kurz vorher noch, so eine heftige Diskussion um Beteiligung der Männer an Gleichstellungspolitik wünsche ich mir dann auch, wenn es um konkrete inhaltliche Punkte geht, wenn es um Gleichstellung geht, von allen.

Zwischenruf StRin. Edlinger: Da trägst du dann die Bierkisten in den Keller.

GR. **Baumann:** Eine vielleicht ebenfalls in der Zeitung nachzulesende Fragestellung und Problem hat sich mit dem Handygebot ergeben. Ich sehe es als weitaus kleineres Anliegen als das von mir vorher in kurzer Form eingebrachte. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Angesichts der vielen Pressemeldungen zum Thema Handyverbot beziehungsweise -gebot in den Beförderungsrichtlinien der GVB möchte ich die konkrete Bestimmung vortragen:

In den Fahrzeugen ist das Lärmen und Musizieren – auch mit elektronischen Geräten – verboten. Mit Rücksicht auf andere Fahrgäste besteht in den Fahrzeugen das Gebot, mit Mobiltelefonen das Telefonieren zu unterlassen und nur die zusätzlichen Funktionen des Handys (SMS, Internet, Kalender, Spiele etc.) im Lautlos-Modus zu nutzen.

Dem Namen nach handelt es sich zwar um ein Gebot, in der Wirkung unterscheidet es sich jedoch nicht von den im selben Absatz genannten Verboten.

Ebenso wird im öffentlichen Sprachgebrauch, beeinflusst von den Medien, seitens der Grazerinnen und Grazer von einem „Handyverbot“ gesprochen.

Sehr oft wurden vermutlich nicht nur wir vom Grünen Gemeinderatsklub darauf angesprochen, dass dieses Gebot eine große Einschränkung der persönlichen Freiheit bedeutet, was von Ihrer Partei, der ÖVP, an sich ja nicht gewünscht wird.

Gerade auch selbstständig erwerbstätige Personen teilten mir mit, sie nutzen die Zeit der Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, um wichtige Telefonate zu erledigen.

Ein Verbot zu telefonieren beziehungsweise das Gebot, das Telefonieren zu unterlassen, stellt möglicherweise auch eine Verzerrung des Wettbewerbes zwischen den GVB und der Fahrt mit einem Pkw dar, denn in Pkws ist es bei Verwendung einer Freisprechanlage oder zumindest bei einer Verwendung einer Freisprechanlage sehr wohl erlaubt zu telefonieren.

Da Sie, werter Herr Bürgermeister, sehr richtig erkannt haben, dass der Umweltschutz für uns alle eine große Rolle spielen muss, kann es nicht in Ihrem Sinne sein, den umweltfeindlichen motorisierten Individualverkehr gegenüber den umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrsmitteln zu bevorzugen.

Eltern haben mir berichtet, dass für sie der Kontakt zu Ihren Kindern auf dem Weg von der Schule nach Hause beziehungsweise zu ihrer Nachmittagsbetreuung sehr wichtig ist. Es ist einzusehen, dass Kinder während des Unterrichtes nicht telefonieren dürfen. Umso wichtiger ist jedoch der Kontakt zu den Eltern nach der Schule und dieser findet eben auch in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Form von Telefonaten, statt.

Gleichwohl teile ich Ihre Ansicht, dass die Stadt Graz im Bereich Lärmschutz für ihre Bürgerinnen und Bürger aktiv sein muss. Vorrangig ist dabei jedoch auf eine Eindämmung des Lärmes, den der motorisierte Individualverkehr verursacht, Bedacht zu nehmen. Die Einschränkung des Telefonierens in den Linien der GVB ist vielleicht ein Mosaiksteinchen im Bereich Lärmschutz, und uns berichteten auch einige Fahrgästinnen und Fahrgäste, dass es ruhiger geworden ist, jedoch gibt es auch die zuvor genannten Situationen, in denen das Telefonieren angebracht ist.

Auch der gesundheitliche Aspekt, der Schutz vor Strahlenbelastung, ist uns Grünen ein großes Anliegen, wie der dringliche Antrag an den Gemeinderat von der Grünen Klubobfrau Sigi Binder in der Sitzung vom 13.10.2005 belegt. In diesem Antrag verweist Sigi Binder auf Studien, die einen Zusammenhang zwischen lange andauerndem Telefonieren und einem erhöhten Risiko im Kopfbereich belegen, jedoch befürchten wir, dass sich die Belastungen durch das Handyverbot in den GVB lediglich in einen anderen Bereich verschieben, aber nicht verringern lassen.

Einem Ersuchen an die Bevölkerung, Handys in öffentlichen Verkehrsmitteln möglichst eingeschränkt zu verwenden, verbunden mit einer sympathischen „Pickerlaktion“, um die Benützerinnen und Benützer der GVB zu sensibilisieren, können auch wir zustimmen.

Bedenken kommen uns jedoch, wenn das Telefonieren in den GVB zu Sanktionen führen kann.

In den Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen der Grazer Stadtwerke AG, zu der die GVB gehören, steht in Teil III, Z 5 f ganz allgemein:

„Ausgeschlossen von der Beförderung sind Personen, welche die vorgeschriebene Ordnung nicht beachten...“

Für uns liest sich das so, als könnten Leute, die in den GVB telefonieren, des Verkehrsmittels verwiesen werden.

Dies würde die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger übermäßig einschränken und auch zu einer unzumutbaren Mehrbelastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GVB führen.

Aus diesem Grunde richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie sich in Ihrer Funktion als Bürgermeister sowie in Ihrer voraussichtlich zukünftigen Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Grazer Stadtwerke AG, zu der die GVB gehören, dafür einsetzen werden, dass die Beförderungsbedingungen dahingehend präzisiert werden, dass das Telefonieren nicht zu einem Ausschluss von der Beförderung oder sonstigen Sanktionen führt? (*Applaus Grüne*)

Bgm. Mag. **Nagl**: Es warten ja schon ein paar sehnsüchtig auf diese Diskussion, deswegen eröffne ich sie auch. Am 16. April war der internationale Welttag gegen den Lärm, mehr Platz für Menschen haben wir uns auch gemeinsam in der Koalition jetzt vorgenommen, Schwarz/Grün in Graz, mehr Platz für Menschen bedeutet, dass wir mit der Stadt und allem, was in ihr geschieht, möglichst sorgsam umgehen müssen, deswegen erachte ich das als einen ganz ein wichtiges Thema. Ich habe kurz vor diesem internationalen Welttag gegen den Lärm darauf hingewiesen, dass es mittlerweile über 70 % der Österreicherinnen und Österreicher als problematisch empfinden die Störungen durch den Lärm und weil das subjektive Lärmempfinden sich in den 15 Jahren laut wissenschaftlichen Studien, die ich jetzt auch nicht hinterfrage, aber zumindest, die ich vorgefunden habe, sich in 15 Jahren wahrscheinlich noch verdoppeln wird. Wir haben vor fast 20 Jahren, 1988 in Graz, ein Thema diskutiert auf Grund eines Grazer Politikers, unseres Vizebürgermeisters Erich Edegger, der es gewagt hat, damals auch eine technische Errungenschaft, das Auto, in Frage zu stellen und er hat gesagt, er hätte gerne Tempo 30. Die Aufregung, die es damals gegeben hat, die Diskussionen an allen Stammtischen und überall wo man hingekommen ist, waren riesig groß. Er hat irgendwie den Nerv der Zeit

vielleicht erwischt, heute wird das in allen Städten, wie in Graz, so praktiziert und das was ich dann getan habe anlässlich des Welttages gegen den Lärm, ich habe eine Reihe von Vorschlägen gemacht, dass wir in Zukunft verstärkt schauen sollten, Flüsterasphalt zu verwenden, dass die Busflotte auf leisere Motoren umgestellt wird, überhaupt unser gesamter Fuhrpark, dass Schienen lärmarm einzubetten sind, das man Glascontainer im Boden versenken sollte, all das findet man in mehreren Städten schon, aber in einer ganz besonders, nämlich in einer französischen Stadt und unter anderem war auch ein Mosaikstein drinnen, wie gehen wir mit diesen neuen Errungenschaften wirklich um. Und diese Handyverbotsdebatte oder Handygebotsdebatte hat weite Kreise gezogen, vom tschechischen Fernsehen über Berichterstattungen in Barcelona, im Harold Tribune bis hin zu BBC London, die da waren und da hat mich die junge Journalistin auf englisch gefragt, Herr Bürgermeister, die Europäische Union spricht jetzt gerade drüber und will es wahrscheinlich auch entscheiden, dass hinkünftig im Flugzeug das Telefonieren wieder erlaubt ist und ihr denkt jetzt sogar über ein Verbot in Straßenbahnen nach, ist das nicht ein Rückschritt? Ich habe gesagt, ich überlasse es Ihrer eigenen Beurteilung, was ein Rückschritt und was ein Fortschritt ist, wenn Sie in Zukunft im Flugzeug sitzen zehn/elf Stunden lang, dann vielleicht Überseedestinationen anfliegen und neben Ihnen 150 oder 300 Leute, die Maschinen werden immer größer, alle ihre Telekommunikationseinrichtungen nutzen, ein paar davon werden zwar den Kopfhörer verwenden oder alles, was es da heute an technischen Errungenschaften schon gibt, aber es wird nicht ausbleiben, dass sich im menschlichen Zusammenleben und in der Kommunikation, wissen Sie das auch, passt man sich meistens der Lautstärke des Vis-a-vis an und das sind nur Wortfetzen und Wortbrocken neben der normalen Lärmbelastung. Das Handy ist und bleibt eine großartige Errungenschaft unserer Kommunikationsgesellschaft, aber wir haben den Nutzen und den Umgang auch in unserer Gesellschaft zu diskutieren. Es hat große Wellen geschlagen, wir haben Umfragen unter 1200 GrazerInnen, die ergeben haben, dass 46 % für ein Handyverbot und 42 % dagegen sind, dem Rest ist es egal. Zum Thema Kontrolle nur so viel: Wenn es nicht gelingt, dass in unseren Städten und in unserer Gesellschaft aus Vernunft mehr Rücksicht genommen wird, dann funktionieren weder Tempolimits noch Ruhezone, noch das nun geltende Gebot in öffentlichen Verkehrsmitteln. Wir können und wir wollen auch nicht überall nur mit Kontrolloren arbeiten, das wird man auch niemals schaffen. Ich habe mir ein paar Informationen jetzt für Sie zusammengetragen, die vielleicht auch für Sie interessant

sind. Seitens der GVB hat es schon immer eine Beförderungsbestimmung gegeben, wonach Lärmen, Singen und Musizieren in Betriebsmitteln, sprich in Bussen und Straßenbahnen, verboten ist. Auch beim Feedback der Kunden in den Verkehrsmitteln hat es zunehmende Beschwerden gegeben über die Belästigung durch laute Telefonate, Klingeltöne, was aber jetzt auch noch viel stärker kommt, über die Musik, die unmittelbar und direkt vom Mobiltelefonen gespielt werden kann. Natürlich gibt es auch Beschwerden über anderes ungebührliches Benehmen, wie Füße auf die Sessel, Leute anpöbeln, Eis essen, mit Kebab die Straßenbahn betreten, essen etc. Deshalb haben die Grazer Verkehrsbetriebe bereits im Herbst 2007, sogenannte Benimm-dich-Aktionen mit der Fachhochschule Joanneum durchgeführt, bei der explizit auf das Vermeiden von Belästigungen und Störungen anderer Fahrgäste durch das Handy aufgefordert wurde. Das heißt, das ist kein neues Thema, sondern es wurde eigentlich schon von jungen Menschen, noch dazu unseren Fachhochschulen, in einer Arbeit schon auch der GVB vorgeschlagen. Auf Grund des Vorstoßes von mir im Zuge des Tages des Lärms neuerdings auf diese Hauptquelle von Lärmbelästigung hinzuweisen und die lautlose Verwendung des Handys zu forcieren, haben die Grazer Verkehrsbetriebe mit dem Gesamtvorstand der Stadtwerke AG entschieden, diese seinerzeitigen Benimm-dich-Aktionen durch ein Gebot in den Beförderungsrichtlinien zur rücksichtsvollen Benützung des Handys, nämlich Lautlosschaltung, zu ergänzen beziehungsweise zu verstärken. Natürlich sind alle anderen Funktionen des Handys wie SMS, Kalender, Internet, Spiele etc. mit dem Handy weiterhin nutzbar. Es soll nur die Belästigung der Mitreisenden und unserer Kunden reduziert oder ausgeschlossen werden. Sowohl Fahrer als auch Kontrollorgane der GVB, als auch viele Journalisten, die das jetzt immer wieder überprüft haben, aber auch viele Kundinnen und Kunden, mit denen ich spreche, teilen mir mit, dass es durchaus eine Sensibilisierung gegeben hat, eine positive Resonanz, bislang sind auch keine Kunden des Fahrzeuges verwiesen worden, es ist festzustellen und zu beobachten, dass weniger, aber vor allem auch leiser telefoniert wird und dass Rücksicht genommen wird. Auch die Benutzung der Verkehrsmittel, weil es gab ja so manchen, der da gesagt hat, jetzt wird es nicht positiv gesehen werden, sondern es wird vielleicht auch die Frequenz bei unseren Bussen oder die Benutzung unserer Busse und Straßenbahnen zurückgehen, habe ich mir angesehen und mir die Aprilstatistik gegenüber dem Vorjahr angeschaut, weil da war die Diskussion jetzt heiß. Wir haben eine Fahrgastzunahme von 5,5 % im April gegenüber dem Vorjahr, das heißt, die großen schädigenden Vorwürfe, die

gekommen sind, hat es bislang nicht gegeben. Ich glaube, man soll das umdrehen und auch positiv vermarkten. Das Thema ist über Graz hinaus sehr aktuell, weltweit sogar ein Thema, aber wir haben jetzt gerade Kontakt mit Hamburg und mit Innsbruck, die auf diese Vorreiterrolle von Graz uns angesprochen haben, auch auf die Umsetzung, wie wir es gemacht haben und sie überlegen, uns auch zu folgen, es braucht aber niemand Angst haben, genauso wie das beim Eis oder beim Kebab noch nicht der Fall war, dass jemand ernsthaft aus der Straßenbahn geworfen wird. Es geht um einen rücksichtsvollen Umgang miteinander und wir sollten generell drüber debattieren, wie wir mit diesen modernen Errungenschaften, mit dem Mobiltelefon, die wir alle benutzen, das aber uns mittlerweile auch alle plagt, sie können auch da sich viele Umfragen anschauen, jeder weiß es auch selber, es ist nicht nur ein Nutzen da, es ist auch mittlerweile zur Plage für viele von uns geworden, und ich glaube, es war endlich einmal eine Debatte anlässlich des internationalen Welttages gegen den Lärm in Österreich, in der Schweiz, in Deutschland, in vielen Ländern ist das Thema Lärm ein schon viel diskutiertes, das haben wir auch auf Grund der Reaktionen international gesehen und diese Beförderungsbestimmungen und das ist vielleicht auch ganz wichtig, die die GVB vom Vorstand absegnen hat lassen, werden noch einmal diskutiert werden, werden noch einmal diskutiert im Aufsichtsrat der Stadtwerke und das wird dann in den nächsten Monaten erfolgen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Danke den Grünen für die geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit auch einmal mehr für den dringlichen Antrag zu späterer Stunde werben, weil ich der Meinung bin...

Zwischenruf GR. Herper: Viel zu spät.

GR. **Grosz**: Eh nicht zu spät, es kommen noch einige Anträge des BZÖ und anderer Fraktionen, es wird nicht so spät werden, aber zur Sache. Ich halte diese gesamte Diskussion für so was von absurd, wie selten zuvor eine Diskussion in der Politik geführt worden ist.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Man kann vieles ad absurdum führen, das stimmt.

GR. **Grosz**: Ich halte die Diskussion über Geräusche von Handys in Verbindung mit den Schäden von Lärm für eine tatsächliche Beleidigung jener Menschen, die im heutigen 21. Jahrhundert unter Lärm zu leiden haben und deren Krankheiten, die dadurch erzeugt werden, was viele Ärzte bestätigen können, die auch vielfach nachzulesen sind. Diese Diskussion jetzt vom Bürgermeister oder seine Beantwortung, sehr wissenschaftlich, fast fundiert, wurde so nach dem Motto, das war ja alles nur zum Welttag des Lärms und weil es der Welttag des Lärms ist, diskutieren wir ausschließlich über das Handy, weil das Handy offensichtlich der Nervtöter schlechthin des 21. Jahrhunderts ist, halte ich für vollkommen falsch, denn wenn wir, abgesehen davon, dass ich der Meinung bin, dass wir im öffentlichen Verkehr weit wichtigere Probleme haben, aber wenn ich jetzt die Geräusche des Handys tatsächlich hernehme und draufkomme, dass gerade zur jetzigen Jahreszeit, beginnend mit der jetzigen Jahreszeit, mit den jetzigen Monaten die Klimaanlage der Straßenbahnen lauter sind als ein voll aufgedrehtes Handy, dann frage ich mich...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Grosz**: Volkstümlich gesagt, die verreckten Lüftungsanlagen.... Noch einmal, wenn der Bürgermeister auch bei seinem Vorschlag des Handyverbotes so ein I-Tüpfel-Reiter gewesen wäre, dann wäre so etwas niemals herausgekommen, dass wir überhaupt heute über diesen Blödsinn diskutieren müssen. Wir müssen es leider Gottes, weil es auch abseits...

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Ich bitte Sie, das Wort Blödsinn nicht mehr zu sagen.

GR. **Grosz**: Ich habe nicht gesagt, dass der Bürgermeister einen Blödsinn gemacht hat,...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz**: Darf ich nicht verwenden, gut, wir werden einen Knigge erfinden für Worte, die der Herr Grosz in Zukunft auch nicht mehr verwenden darf.

Zwischenruf GR. Herper: Handy sagst besser auch nicht mehr.

GR. **Grosz**: Handy auch nicht mehr sagen, auch Gebot oder Verbot in Zukunft nicht mehr sagen, ich verstehe schon, es tun manche Dinge auch weh, danke für den Hinweis, Herr Klubobmann Herper. Hat er ja grundsätzlich Recht. Nein, aber zurück,

es ist ja eigentlich fast schon zum Lachen die gesamte Geschichte, aber dass das der Inhalt von Politik sein muss, ist letztklassig. Letztklassig gilt, oder? Danke. Ich bin der Meinung, es gibt andere Lärmfaktoren, ich bin der Meinung, dass Lärmfaktoren durchaus von der persönlichen Bewertung abhängen, bin der Meinung, dass Lärmfaktoren durchaus von der sozialen Bewertung abhängen, ich bin durchaus der Meinung, dass, wenn der Bürgermeister nach dem Kampf gegen die Türken auch den Kampf gegen die Handys ausgerufen hat, ich davor Angst habe, dass er den Kampf gegen die Kirchturmglöcken führt, den Kampf gegen die Blasmusik, den Kampf gegen die herrlichen Chöre, die uns heute begleitet haben, den Kampf gegen den Lärm, der am Hauptplatz ist, habe Angst, dass wir demnächst eine Nachtwächterregelung in Graz bekommen, wo 22.00 Uhr mit Gaslampen gearbeitet wird, vielleicht wird es ab 21.30 Uhr ein allgemeines Sprechverbot und Ausgehverbot in Graz geben.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Deine Sorgen möchte ich haben.

GR. **Grosz:** Vielleicht erfinden wir gegen alles, was dem Bürgermeister nicht passt, ein Verbot, nein, ich bin der Meinung, dass man gesellschaftlichen Spielregeln nicht mit Verboten und auch nicht mit Geboten entgegen sollte. Denn, und wenn die Frau Vizebürgermeisterin Rucker die Straßenverkehrsordnung und die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung in Bezug auf alkoholisierte Lenker, Schnellfahrer, die Kinder umbringen, jetzt gleichsetzt mit der Handygebotsgeschichte, dann wird es mir schlecht. Das hat sie gerade getan,..

Zwischenruf Bgm.-Stv. Rucker: Das habe ich nicht.

Gr. **Grosz**: Wir brauchen in der Straßenverkehrsordnung auch Verbote, also brauchen wir sie in den Straßenbahnen auch. Das ist ja auch nicht zu glauben, mit was jetzt die Grünen plötzlich ihre Abneigung, die sie vor vier/fünf Wochen noch ausgedrückt haben, jetzt argumentieren. Der Bürgermeister führt ein Handyverbot ein, ein Handygebot, wie er es jetzt nennt, die Grünen sagen, das kommt eigentlich für sie nicht in Frage. Mein dringlicher Antrag, den ich später einbringen werde, enthält im Motivenbericht im Übrigen genau die Argumentation, die Frau Vizebürgermeisterin Lisa Rücker in ihrer Presseaussendung verwendet hat, falls es ihr noch nicht aufgefallen sein sollte, setzt sich auch massiv auch medial dafür ein, dass sie sagt, da werden die Probleme nicht getroffen, sondern die Probleme im Lärm liegen woanders. Die Probleme im Lärm liegen beim Baustellenverkehr, beim Fluglärm, beim Verkehrslärm sagt sie vollkommen zu Recht und das ist auch nur zu unterstreichen und jetzt versuchen die Grünen und versucht die Vizebürgermeisterin, ihren Umfaller in dieser Frage, ihren koalitionstreuen Umfaller in dieser Angelegenheit zu kaschieren, indem man sagt, man beschränkt sich auf eine halbwarne Anfragelösung. Bürgermeister wird befragt, ob er vielleicht irgendwann einmal bei den Stadtwerken möglicherweise, wenn der Vollmond scheint und die Sonne untergeht, vielleicht auch festlegen lässt, dass man nicht Menschen aus der Straßenbahn hinauswirft, die mit dem Handy telefonieren. Was machen wir mit schreienden Babys in der Straßenbahn? Die Geräusche von schreienden Babys? Frau Vizebürgermeisterin, als Mutter von zwei Kindern...

Zwischenruf GRin. Potzinger: Das ist Musik in unseren Ohren.

GR. **Grosz**: Das ist Musik, genau, das ist die soziale Bewertung und die Kirchenglocken, Frau Potzinger, gefallen Ihnen auch, da können Sie gar nicht genug davon kriegen, das wissen wir. Aber was ist mit einem ausgewiesenen Atheisten aus der sozialdemokratischen Fraktion, der mit Kirchenglocken nichts anfangen kann?

Zwischenruf GR. Herper: Haben wir keine mehr.

GR. **Grosz:** Habt keine mehr, aber bei den Kommunisten wird es ja noch ein paar geben, hoffentlich in alter Tradition. Na Gott sei Dank, die Welt steht auch noch. Aber ich halte diese Diskussion, um jetzt erstmalig zum Ernst zurückzukommen...

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Erstmals zum Ernst zurückkommen.

GR. **Grosz:** Natürlich, Entschuldigung, die Diskussion, seitdem sie geführt wird, seit fünf Wochen, ist lächerlich par excellence. Erstmals zum Ernst zurückzukommen. Ich halte diese Diskussion tatsächlich als eine Beleidigung für jene Menschen, die tatsächlich unter Lärm zu leiden haben. Ich bin tatsächlich der Meinung, dass man gesellschaftlichem Miteinander der Rücksichtnahme, dem alltäglichen Miteinander und Fragen der Erziehung nicht mit Verboten begegnen kann. Ich bin tatsächlich der Meinung, dass wir in Graz als zweitgrößte Stadt Österreichs tatsächlich Probleme mit Lärm haben, wenn ich an Fluglärm, Freizeitlärm, Gewerbelärm, Schienenlärm, Straßenverkehrslärm, um nur an einige zu denken, habe. Da bin ich der Meinung, diese Probleme haben wir wirklich und daher halte ich dieses Handyverbot, oder jetzt für die Grünen die halbarme Lösung, ist ein bisschen Gebot, für eine tatsächliche Verhöhnung jener Menschen, die unter Lärm zu leiden haben. In dem Zusammenhang ist vielleicht auch noch zu erwähnen, dass der Schienenlärm der Straßenbahnen oder sagen wir so, die Schienengeräusche der Straßenbahnen offensichtlich mehr Lärm erzeugen als jedes Handy. Ich gehe nicht davon aus, dass der Bürgermeister in Zukunft den öffentlichen Verkehr von Schienen getragen überhaupt verbieten will. Ich bin im Gegensatz auch der Meinung, auch dokumentiert durch viele Zuschriften von Personen, dass seit der Diskussion vor fünf Wochen, seit Beginn dieser Diskussion vor fünf Wochen es tatsächlich zu einer provokanten Inanspruchnahme von elektronischen Geräten in den öffentlichen Verkehrsbetrieben

der Stadt Graz gekommen ist, nach dem Motto, jetzt erst recht, jetzt gehen wir telefonieren, weil wir eh nicht wissen, was herauskommt. Wenn der Bürgermeister der Meinung ist, er argumentiert das mit einer Umfrage, dann darf ich den lauschenden Gemeinderat darauf hinweisen oder einmal eine Frage stellen, woher glauben Sie, woher hat er die Umfrage, vom penis- und geschlechtsöffnenden Herrn Hofmann, der ihm die Umfrage gemacht hat, das ist der gleiche Herr Hofmann, der offensichtlich, wenn er nicht gerade solche Bücher schreibt, innerhalb von 24 Stunden in der Lage ist, 1042 Menschen zu befragen in einer Face-to-face Umfrage, im Übrigen ein Umfrageinstitut, das laut Rückfrage bei Imas, Ogris, OGM niemand am seriösen Umfragemarkt der Republik Österreich kennt. Das ist die sogenannte Umfrage des Herrn Bürgermeister, die er offensichtlich auch den Grünen gegeben hat nach dem Motto, geht doch mit bei dem Verbot, weil das sind ja vielleicht eure Wähler auch und da müsst ein bisschen aufpassen, um die Blamage abzuwenden, die er hat, wenn dieses Handyverbot heute kippt. Und wenn der Bürgermeister davon spricht, dass er so viel internationale Anerkennung dafür bekommen hat dann hat er ungefähr wirklich genau so viel internationale Anerkennung bekommen, wie für seinen letzten Bollwerksager oder die Stadt Graz schon für viele andere Sager internationale Anerkennungen bekommen hat, nämlich ein massiver Gelächter bis zu dem von Ihnen zitierten Großbritannien, denn die gleichen Redakteure von BBC, die Sie interviewt haben, waren bei mir auch oder die gleiche Redakteurin und konnte sich vor Lachen über diese Dummheit, nehme ich sofort zurück die Dummheit, über diese Schwachsinnigkeit, kaum halten. Also diese Diskussion mag vielleicht im Mikrokosmos Graz als seriös empfunden worden sein und da auch nur vom Bürgermeister, aber Restösterreich hat tatsächlich über diese Handyverbots-, -gebotsdebatte laut gelacht und daher ersuche ich wirklich die Grünen, ich habe die Anfrage sehr wohl vernommen und die Anfrage ist auch unserem dringlichen Antrag durchaus, hat durchaus Überschneidungen. Hier zu Ihrem Wort zurückzukommen, dass auch Ihre Vizebürgermeisterin in einer ihrer ersten Äußerungen gesagt hat, dass sie gegen dieses Verbot, gegen dieses Gebot ist, das auch richtigerweise begründet hat mit den Worten, wir haben andere Probleme in Graz, dass sie auch zu diesem Wort wieder zurückkehren und nicht solche Tricks anwenden indem sie halt zwei kritische Gemeinderäte Ihrer Fraktion halt nach Hause schicken oder auf Dienstreise oder krankschicken, damit sie ja keine Gewissenskonflikte in Ihrer Fraktion gibt. Das ist ja offensichtlich, dass heute die Frau Jahn, die ja eine Vertreterin gegen die Verbotspolitik ist, heute plötzlich nicht da ist.

Zwischenruf GRin. Mag.a Pavlovec-Meixner: Sie haben einen Huscher.

GR. **Grosz:** Ich habe einen Huscher? Einen schneidigen Ordnungsruf wird es ja hoffentlich dafür geben für einen Huscher, oder? Von der Qualität her der Ausrutscher ist ja plumper als meiner, ich versuche es wenigstens, die Defizite anderer noch ein wenig intelligenter zu verpacken, vor allem, wenn es um die Vertreter der Grünen Fraktion handelt, damit sie es auch verstehen.

Zwischenruf GRin. Binder: Nein, Sie können nicht überboten werden.

GR. **Grosz:** Ich ersuche schon, Frau Oberlehrerin, Entschuldigung Frau Lehrerin, zu dem haben Sie es ja noch nicht geschafft, Oberlehrerin, ich ersuche Sie, sich ein wenig zurückzuhalten, noch bin ich am Wort.

Zwischenruf GRin. Binder: Das ist eine Altersfrage, wenn man Oberlehrerin wird, ich bin halt noch so jung.

GR. **Grosz:** Schauen Sie, der Bürgermeister würde vielleicht jetzt ein Vorwort schreiben zur Altersfrage der biologischen Unterschiede, ich erspare mir jetzt zu Ihrer Altersfrage jeglichen Kommentar. Ich ersuche daher die Grünen durchaus, diesem dringlichen Antrag dann auch zuzustimmen, ich darf jetzt schon dafür werben, dass wir...

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Da schaut es gut aus!

GR. **Grosz**: Das schaut sehr gut aus. Ich habe auch was davon, wenn sie nicht zustimmen, dann sind sie wenigstens umgefallen, ist ja auch kein Problem.

StRin. Kahr: Dauert das noch länger?

GR. **Grosz**: Die Frau Stadträtin hat vollkommen Recht, ich bin selten Ihrer Meinung, je mehr Sie dazwischenreden, umso länger dauert es. Ich ersuche daher die nächsten Minuten oder Stunden bis zum Dringlichen noch zu nutzen, um nicht darüber nachzudenken, ob wir dieses Handyverbot wieder in die Vergangenheit exportieren und sagen, es war ein kleiner Ausrutscher, wie viele, die der Bürgermeister sich in Graz geleistet hat und ersuche auch die Grazer Politik, in Zukunft sich auch den wirklichen Problemen, die durch Lärm erzeugt werden, den wirklich gesundheitsschädigenden Problemen, die dann in Depression, in Selbstmorde, in Allergien, ich bin jetzt auch kein Mediziner, nur ein gelernter Patient, in dem münden, sich wirklich dieser Sache anzunehmen und nicht Scheindiskussionen zu führen um ein Handyverbot, damit ja die ganze Welt über das Handyverbot diskutiert und keiner merkt, wie Schwarz und Grün die Tarife in die Höhe jagen. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe jetzt einmal eine Mitteilung an den gelernten Patienten. Kabarett zu besuchen, macht durchaus Spaß, auch zwischendurch, du hast auch eine kabarettistische Note hereingebracht. Aber ich ersuche dich schon, dass du nicht zu wirklich jeglichem Thema, das wir hier diskutieren, immer alles ins Lächerliche ziehst. Es ist und bleibt das Thema Lärm ein großes, wir werden uns

diesem Thema Lärm widmen, wer genau zuhört, auch bei meinen Ausführungen vorher, wird gehört haben, dass der Straßenbahnlärm, den die Straßenbahn selbst auf dem Befahren von Schienen verursacht, verbessert werden muss und, und, und. Es gibt ein großes Paket, das wir vorhaben umzusetzen und unter anderem gibt es diese Diskussion, sonst wäre sie nicht an allen Stammtischen so über die Bühne gegangen....,

Zwischenruf GR. Grosz: Das ist nur durch deinen Alleingang.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es gibt ihn, Politiker müssen einmal auf etwas aufmerksam machen und keine Sorge, wenn es keine Themen sind, werden sie nicht diskutiert und es soll nicht der Neid herausprechen, dass hier ein Thema von mir angeschnitten worden ist, das ein großes ist und Politik ist, eine Meinung zu haben...

Zwischenruf GR. Grosz: Da bin ich dir eh dankbar.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...und ich habe die Meinung, dass dieses Mobiltelefon, damit wir einmal einen Begriff haben, den alle auf der Welt verstehen, nicht nur das Handy, sondern dass dieses Mobiltelefon auch ein Störfaktor in unserer Gesellschaft sein kann und dass wir über ein zweites Thema zu reden haben und zwar ganz, ganz dringend, das ist Rücksichtnahme. Wir sprechen in unserer Gesellschaft sehr oft über das Individualrecht und das ist gut so, aber wir sollten auch über das Gemeinschaftsrecht, über das Recht des anderen sprechen, der unter Umständen von deiner Freiheit, die immer grenzenloser wird und du forderst sie ja auch ein, vielleicht betroffen ist und ich freue mich dann schon, wenn wir vielleicht wieder über den Lärm in der Zinzendorfsgasse usw. sprechen, weil da wird wahrscheinlich auch

deine Fraktion und du wieder die Meinung haben, es kann gar nicht genug an Polizisten und Aufsichtsorganen geben, die dort kontrollieren und schauen, dass es wieder ruhig bleibt. Das heißt, wenn sich in der Gesellschaft etwas verändert, dann müssen wir darauf reagieren und das ist ein Vorstoß, der jetzt einmal umgesetzt worden ist, der diskutiert worden ist und ich habe ein paar Wortmeldungen.

GR. Mag. **Kowald**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen! Respekt, Anerkennung, Rücksicht, Toleranz, Anstand, das sind Werte, die in der heutigen Zeit leider immer mehr verloren gehen. Als Kinder in einem intakten Familienverhältnis haben wir vor vielen Jahren hoffentlich gelernt oder viele von uns gelernt, was sich gehört und was nicht. Ich sage Ihnen einen Begebenheit des heutigen Tages. Ich bin in Andritz eingestiegen in die Straßenbahn und wollte hierher fahren, als blinder Mensch, so wie ich es immer tue. Ich habe aber auch viele, viele andere Wege in unserer Stadt und bin auf den öffentlichen Verkehr angewiesen. In Graz leben auch etwa 1000 Menschen, die blind oder hochgradig sehbehindert sind und die den öffentlichen Verkehr nutzen müssen, weil wir keinen Individualverkehr zur Verfügung haben. Es ist so. Am Anfang war die Straßenbahn natürlich besetzt, ziemlich besetzt, einen Platz zu finden, ist einmal fast ein Ding der Unmöglichkeit. Es hat mich anfangs niemand angesprochen darauf, da drüben ist noch ein Platz frei, obwohl noch einer frei war, ich habe es ja nicht gesehen. Als ich dann Menschen ansprach, zeigte man mir, wo ein Platz frei ist, ok, das Problem war gelöst. Es ist aber auch oft so, dass wenn telefoniert wird, ich natürlich nicht höre, wo ich in der Straßenbahn unterwegs bin, weil die Straßenbahnhaltestellen werden zwar angesagt, aber neben vielen Lärmkulissen etc. hört man dann nicht, wenn viele Klingeltöne ertönen, wo ich gerade bin. Das ist dann oft eine sehr schwierige Situation, immer nachzufragen, wo bin ich. Ich bin immer angewiesen auf andere Leute dabei. Es ist auch so, dass etwa 50 %, 55 %, ich habe viel telefoniert, habe mich umgehört, 55 % aller öffentlichen VerkehrsbenutzerInnen sind Menschen älteren Alters, etwa 20 bis 30 % davon sind Kinder und Jugendliche und ich habe auch mit sehr vielen Eltern gesprochen, viele Eltern sind sehr begeistert darüber, dass das Handygebot, das Handyverbotsgebot, sagen wir es einmal so, jetzt erlassen wird, nämlich aus dem Grund, weil die Handys sind leider sehr oft eine Schuldenfalle für Kinder und Jugendliche. Die Handys sind

absolut verzichtbar und ich möchte das Handygebot bei weitem unterstreichen und es wäre aus meiner Sicht sehr sinnvoll, wenn der G vom rechten Rand der Straßenbahn und die kleine E vom linken Rand der Straßenbahn sich in der Mitte zusammenstellen würden, ein sinnvolles Gespräch führen würden und wir würden so auch für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen einen Lebenswert in Graz erhalten, wir würden Rücksicht nehmen und ich glaube, das wäre sehr, sehr sinnvoll. Danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich muss zuerst eine kurze Replik zum Herrn Grosz anbringen. Er hat völlig Recht, wir Grünen fürchten uns wahnsinnig vor diesem dringlichen Antrag, wir haben keine Kosten und Mühen gescheut, wir haben extra in Südamerika einen Kongress organisiert, damit unsere zwei jungen Leute dorthin fliegen können, damit sie nicht da sein müssen, also nur, soweit gewisse Dinge sicher keinen Sinn machen. Nun zum Wichtigeren. Lärm ist sicher ein wichtiges Thema, da möchte ich dem Herrn Bürgermeister Recht geben, Handys sind ein kleiner Teil davon. Leider Gottes konzentrieren wir uns nur auf diesen kleinen Teil, das ist jetzt passiert, hätte sich wahrscheinlich verhindern lassen. Wir sollten über viele, viele andere Dinge reden, die den Lärm in dieser Stadt ausmachen, wo viel zu wenig passiert. Aber zurück zum kleinen Teil, ich gebe Ihnen Recht, auch Handys können manchmal nerven, wir alle kennen das. Aber trotzdem, wir brauchen einen sinnvollen Umgang mit Handys. Die vorgeschlagenen Ge-, Verbote, wie immer sie genannt werden, sind sicherlich der falsche Weg. Wohin führt dieser Weg? Ihre Aussagen heute erinnern mich ein wenig an den Zauberlehrling, die Geister, die ich rief. Herr Bürgermeister, Sie sagen, es soll keine Sanktionen geben, die Sanktionen gibt es bereits, eine Kollegin von mir telefoniert in der Straßenbahn, wird über Lautsprecherdurchsage aufgefordert, nicht zu telefonieren, das dient nicht der Beruhigung. Eine Tochter von mir hat mir berichtet, sie telefoniert mit einem anderen Kind, das fährt in der Straßenbahn, es wird der Straßenbahn verwiesen, genau das, was Sie sagen, es soll nicht passieren, passiert bereits. Es steht auch so in den Beförderungsrichtlinien drinnen, man muss sich schon überlegen, was für Bedingungen beschlossen werden. Wenn man das durchliest, dann ist es ganz klar, das Telefonieren ist zu unterlassen, wer sich nicht daran hält, wird des Fahrzeuges verwiesen. Das ist genau der falsche Weg, so können wir mit diesem Problem nicht umgehen, das ist

kontraproduktiv. Deswegen die konkrete Frage an den Herrn Bürgermeister, was wollen Sie unternehmen, dass diese sinnlose Eskalierung nicht weitergeht, wie werden wir diese gerufenen Geister wieder los, das ist für uns das Entscheidende, hier müssen wir weiterkommen.

GR. **Eichberger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir melden uns auch jetzt bei dieser Anfrage zu Wort, werden uns dann eher beim Dringlichen, was die Begründung und dergleichen betrifft, zurückhalten, weil sie sich im Wesentlichen eh deckt. Auch unsere Fraktion hat, wie wir von dieser plötzlichen Idee des Herrn Bürgermeister vernommen haben, zuerst gedacht, es handelt sich um einen verspäteten 1.-Mai-Scherz eines Mediums, dann ist das Ganze aber letztendlich irgendwohin mutiert in Richtung Kasperltheater, ohne jetzt dem Kasperl, dem Petzi, dem Seppl, wie immer die Beteiligten heißen, nähertreten zu wollen, weil es hat dann auf einmal geheißt, es ist kein Verbot, es ist ein Gebot, man kann vorne telefonieren, dann hat man gehört aus dem Büro, das für viele Unzulänglichkeiten anscheinend schuldig ist, hat man gesprochen davon, dass man auf einmal hinten telefonieren kann, dann vorne, dann gibt es keine Konsequenzen, dann bringt man unter Umständen doch den Straßenbahnfahrer oder den Busfahrer ein bisschen in Bedrängnis, weil es möglicherweise doch einen Fahrgast gibt, der sagt, da telefoniert jemand, Herr Fahrer oder Frau Fahrerin, unternehmen Sie was. Also es hat dann schon recht witzige Formen das Ganze angenommen und bei all diesen Geschichten muss man sich natürlich schon fragen, in welcher Rolle und in welcher Position und mit welchen Machtmöglichkeiten ausgestattet kann ein Bürgermeister einfach sagen, liebe GVB, lieber Vorstandsdirektor, lieber Direktor, jetzt machen wir Pickerl auf die Straßenbahnen, also das ist ja wirklich eine Sache, die hinterfragungswürdig ist. Wie kann der Bürgermeister der zweitgrößten Stadt, auch wenn er ein Interesse an irgendwelchen Geboten und Verboten hat, da so ohne weiteres irgendeine, auch wenn es eine stadteigene Gesellschaft ist, einfach beauftragen, Richtlinien abzuändern, irgendwelche Änderungen an der Außenfassade der Straßenbahnen vorzunehmen. Manche denken sich ja bei uns, der Herr Bürgermeister braucht ab und zu so einen Kick, er braucht irgendwelche Anlässe um Gebote, Verbote in die Welt zu setzen. Wir erinnern uns zurück an sehr erfolgreiche Aktionen, Bäumchensetzaktionen am Hauptplatz hier vor dem Rathaus,

wo es auch dem Herrn Bürgermeister ein Dorn im Auge war, dass hier Personen mit bunten Haaren, mit lockerer Kleidung gesessen sind, sich unterhalten haben, vielleicht haben sie auch telefoniert und dergleichen und dann haben wir Bäumchen gepflanzt, war auch nicht besonders erfolgreich, das nächste Gebot, Verbot, dass der Herr Bürgermeister mit seinem damaligen Kollegen Stadtrat Miedl ausgemacht hat, war ein glorreiches Alkoholverbot am Hauptplatz, wo man dann gemerkt hat, sie sind halt dann nicht mehr am Hauptplatz, sondern sind in der Schmiedgasse, aber man hat sie nicht gleich gesehen. Also, es kommen immer wieder und zu allen möglichen und unmöglichen Zeiten kommen dann immer wieder Anträge, Wünsche, Vorhaben, große Probleme, die der Herr Bürgermeister sieht und auch wenn das Ganze jetzt in die Richtung geht, das eine oder andere wirklich zum Lachen ist, weil es ein Thema ist, wo ich sage, darf denn das wahr sein, dass der Bürgermeister der zweitgrößten Stadt Österreichs keine anderen Probleme in dieser Stadt sieht als den einen oder anderen Klingelton von einem lauten Handygespräch; verbieten wir jetzt überhaupt, dass auch ältere Leute, die ein Hörgerät haben und lauter miteinander verhandeln müssen oder reden müssen, verbieten wir denen auch das Reden oder verbieten wir in Zukunft überhaupt jedem Passanten genagelte Schuhe, weil natürlich auch diese Nägel auf dem Asphalt einen Lärm machen beziehungsweise unter Umständen auch die genagelten Schuhe dazu führen, dass der Asphalt unter Umständen beschädigt wird. Das kann es ja bitteschön nicht sein, bei Problemen in dieser Stadt, und jetzt rede ich gar nicht von 12.000 Arbeitslosen, die wir haben, wenn wir heute die Wohnungsdebatte angeschnitten haben, dass wir tausend Wohnungssuchende haben, dass wir heute Gesprächen haben in Bezug auf Bekämpfung der Armut, dann ist es das große Anliegen des Herrn Bürgermeisters, zum Welttag des Lärms diese weltbewegende Geschichte umzusetzen und dann tritt der Herr Bürgermeister in Erscheinung und glaubt eine ähnlich historische Tat damit gesetzt zu haben wie der Herr Vizebürgermeister Edegger, der hier eine 30er-Zone für Graz und wirklich zum Wohle der Grazerinnen und Grazer eingeführt hat und da fragt man sich dann schon, und ich darf dann auch aus einem Brief, den heute viele Gemeinderatskolleginnen und -kollegen von mir auch erhalten haben, von einem Bürger und von einer Bürgerin aus der Wiener Straße zitieren, wo dann der Herr Bürgermeister sagt, das war jetzt sein Beitrag unter anderem und diese rasche Umsetzung dieses Handyverbots in der Straßenbahn zum Tag des Lärms, zum Welttag der Lärmbekämpfung, wo wir auf der anderen Seite, glaube ich, bei tausenden Grazerinnen und Grazern hier auf null Verständnis gestoßen sind, die

entweder am Schönaugürtel, am Bahnhofgürtel wohnen, wo täglich 20.000/30.000 Pkw und Lkw vorbeidonnern, die seit Jahren auf Verbesserungen warten und heute hören wir, ich habe ja eh auch einen Flüsterasphalt und andere Maßnahmen vorgeschlagen. Nur diese Maßnahmen warten seit Jahren auf eine entsprechende Umsetzung (*Applaus SPÖ*) oder wenn ich daran denke, und gerade mein ehemaliger Bezirksvorsteher-Kollege aus Jakomini sitzt da und hat auch Anträge gebracht in diese Richtung, Lärmschutzwände an der ÖBB-Strecke. Wie lange warten wir auf Lärmschutzmaßnahmen entlang dieser Strecken oder ich denke gar nicht daran an jene tausenden Bewohnerinnen und Bewohner, die im unmittelbaren Nahfeld von Industriegebieten wohnen, die tagtäglich konfrontiert werden mit diesem Lärm. Oder, wenn ich meinen Bewohnerinnen und Bewohnern rund um die Grazer Messe erzähle, wir haben jetzt ein Handyverbot in der Straßenbahn, dann lachen sie mich aus und schicken mich davon. Die sagen, wir leiden jeden Tag unter dem Verkehrschaos rund um die Grazer Messe und der Herr Bürgermeister rühmt sich hier, diese Maßnahmen hier umgesetzt zu haben. Aus diesem Grund sage ich, lieber Herr Bürgermeister, lieber Sigi Nagl, bitte besinne dich der ernstesten wirklichen Probleme in unserer Stadt, es ist nicht nur deine Stadt und ich habe zum Teil wirklich das Gefühl, dass du zum Teil Maßnahmen und Probleme herbeiredest, die in Wirklichkeit keine Probleme sind, um von den tatsächlichen Schwierigkeiten und von den tatsächlichen Anliegen der Grazerinnen und Grazer einfach abzulenken (*Applaus SPÖ*). Und, lieber Herr Bürgermeister, wenn es dir um die Sache gegangen wäre, dann hätte es auch andere Möglichkeiten gegeben. Wir haben in den Grazer Straßenbahnen soweit, zumindest bis jetzt noch nicht, höchstens auch das ändert sich, auch kein Sitzverbot für Jugendliche und Kinder, sondern wir haben in den Straßenbahnen eher dezente Hinweise, Pickerl, die die Kinder, die Jugendlichen ersuchen, älteren und gebrechlichen Personen Platz zu machen oder führen wir jetzt auch in Zukunft ein Sitzverbot für diese Kinder ein, das heißt, es gäbe sehr wohl die Möglichkeit, wenn es hier zu Störungen gekommen ist und kommt durch den verstärkten Einsatz von Handys, dass ich auf eine nette Art des Ersuchens, des Bittens, des Rücksichtsnehmens darauf Bedacht nehme und eben solche Aktionen setze. Ich gebe schon zu, wenn die GVB so ein zusätzliches Pickerl angebracht hätte, dann wäre nicht BBC und der spanische Radiosender, wer immer, gekommen, da gebe ich dir schon Recht und ich habe es ja auch heute deiner Stimme entnommen, dass hier ein gewisser Stolz hier mitschwingt in deiner Stimme, wenn du über dieses breite und internationale Medieninteresse sprichst. Deshalb von unserer

Fraktion, wir sind keine Partner und Partnerinnen, wenn es um echte Bekämpfungsmaßnahmen von Lärm und anderen Problemen in dieser Stadt geht, aber wir sind nicht dafür, hier alle die Maßnahmen des Herrn Bürgermeister, Anlenkmanöver des Herrn Bürgermeister mitzutragen. Aus diesem Grund sind wir strikt gegen dieses Handyverbot oder -gebot in dieser Form und werden in weiterer Folge auch den Antrag des Kollegen Grosz unterstützen. Danke (*Applaus SPÖ*)

Bgm.-Stv. **Rücker**: Ich wollte nur ganz kurz auf die Ideen des Herrn Grosz eingehen. Meine Presseaussendung von damals habe ich mir jetzt noch einmal vorlegen lassen. Ich stehe zu der Presseaussendung heute wie damals, da hat sich nichts daran geändert. Was mir aber auffällt an Ihrer Argumentation, Herr Kollege Grosz, ist, Sie wissen nicht, dass es keine Klimaanlage gibt, das heißt, Sie fahren nicht mit der Straßenbahn und wissen daher auch nicht, wie es in der Straßenbahn zugeht, das heißt, ich bleibe dabei, die großen Lärmprobleme in dieser Stadt liegen woanders, das habe ich immer gesagt. Aber dass es penetrant ist und dass es unangenehm ist, in der Straßenbahn unterwegs zu sein, wenn in einem überbordenden Ausmaß telefoniert wird, dazu stehe ich nach wie vor und das ist ein Thema, das sehr wohl viele Menschen betrifft, die halt mit der Straßenbahn fahren. Aber offensichtlich fahren nicht viele mit der Straßenbahn, die da herinnen jetzt auch mitargumentieren. Das wollte ich nur anbringen, weil dann würde man auch wissen, dass es keine Klimaanlage in der Straßenbahn in Graz gibt. Aber meine Presseaussendung bleibt so wie sie ist, unumstritten und die Grünen haben sehr klar argumentiert, dass es in diesem Zusammenhang darum geht, dass es ein anderer Umgang sein muss, ein bewusster Umgang und da geht es mir zum Beispiel auch um die Frage der Strahlung in der Straßenbahn, das heißt, das Handy kann nicht in jedem Moment, bei jeder Gelegenheit, zu jedem unnützen Telefonat immer die einzige Antwort sein, sondern dazu denke ich mir, kann man durchaus Erziehungsmaßnahmen setzen. Aber ein Verbot sehen wir nicht als durchführbar und umsetzbar und deswegen die Anfrage in diese Richtung (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf GR. Grosz: *Dann bauen wir aber die Handymasten auch ab.*

GR. **Sikora:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtregierung, werte Kollegen des Gemeinderates! Zum Thema Handyverbot, inhaltlich möchte ich sagen, dass ich den Kollegen Baumann in seiner Anfrage an den Bürgermeister und den Kollegen Grosz, den wir später dann hören werden und seinen Dringlichkeitsantrag zum Thema Handyverbot inhaltlich voll mittrage. Ich möchte aber auch sagen, inhaltlich voll mittrage, Kollege Baumann, auch deine Äußerung Kollegen Grosz gegenüber, auch ich bin der Meinung, das möchte ich jetzt nicht sagen, sonst müsste ich mich entschuldigen und das möchte ich nicht, aber inhaltlich bin ich auch deiner Meinung, weil ein jeder, und da habe ich vor allem den Kollegen Grosz gesehen mit dem Kollegen Hohensinner zusammen, die ganz interessiert die BZÖ-Homepage angeschaut haben. Dazu möchte ich nur sagen, dass die BZÖ in ihrer Homepage ebenso ehrenbeleidigende Äußerungen gegenüber unserem Bürgermeister verankert haben und das finde ich extrem unter der Gürtellinie und, weil du gesagt hast, lieber Kollege, du forderst auch eine Parteienkürzung auf Grund einer Homepage, von der wir nichts gewusst haben und von der wir uns auch ganz klar distanzieren, da möchte ich auch sagen, auf Grund dieser unterschwelligen Ansage gegen unseren Bürgermeister fordere ich da auch eine Kürzung der Parteienförderung. Für alle, die es nicht wissen, in dieser Homepage wird unser Bürgermeister insofern beleidigt, als da, ganz kurz vielleicht interpretiert, die Aussage stattfindet, dass er irgendwo angerannt sein muss mit dem Kopf und dass man ihn unter Sachwalterschaft stellen lassen sollte. Also das ist mehr wie beleidigend und ich glaube, wer im Glashaus sitzt, Herr Kollege Grosz, sollte nicht mit Steinen werfen und maximal wenn Sie ein Acht-Millimeter-Sicherheitsglas haben, also dann vielleicht, dass Sie ein kleines Würfchen versuchen. Auf alle Fälle und zur Ernsthaftigkeit des Themas wieder zurückzukehren, wir vom Gemeinderatsklub der KPÖ sind der Meinung, dass das verhängte Handyverbot, das der Bürgermeister Nagl medial ausgeschlachtet hat, ein bewusstes Ablenkungsmanöver zum Thema der bevorstehenden Tarifierhöhung am 1. Juli darstellt. Ein Verbot über etwas zu verhängen, das es ohnehin im Sinne einer verankerten allgemeinen Betriebsverordnung in Verkehrsmitteln sowieso enthalten gibt, halte ich deshalb für überhaupt nicht sinnvoll. Da könnten wir ja auch ein intensives Gespräch zweier Hobbyköche über kulinarische Genüsse in der Straßenbahn verbieten. Ich sehe da überhaupt keinen Sinn, also wir sind da ganz klar dagegen. Sicherheitsrelevant, das möchte ich auch noch sagen, ist ein Handyverbot in einer Zeit überhöhter Kriminalität auch nicht und das ist ganz klar abzulehnen. Danke (*Applaus KPÖ*)

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also, meine Damen und Herren, dafür, dass einigen von uns ja meinen, dass das Ganze die Sache nicht wert wäre, diskutieren wir ja schon ganz schön lang über das sogenannte Handyverbot oder Gebot, Euphemismen gehören zur Politik der ÖVP ja dazu, also von mir aus auch Handygebot. Das was mich daran irritiert, ist ja Folgendes: Das Thema ist auch Sicht der Gesundheit ein wesentliches Thema, unbestreitbar, da sind wir uns ohnehin, nehme ich einmal an, alle einer Meinung. Man könnte dieses Thema auch anders, und zwar grundlegend und radikaler, angreifen, als dass man sozusagen Einzelmaßnahmen rausgreift, das haben einige Kollegen schon gesagt. Nur, dann wäre nicht der Bürgermeister allein drübergekommen, vielleicht hätte die Lisa Rücker ihre Geschichte auch noch untergebracht, die sie geplant hatte, wie ich höre in dem Zusammenhang, also es wäre nicht zu diesem Crash zwischen Grün und Schwarz gekommen, der Herr Bürgermeister hätte sich auch einiges heute ersparen können, wenn wir zum Beispiel eine Enquete gemacht hätten, so macht man das richtig, und daher werde ich zu einer Enquete zum Thema Lärm in Graz einladen als Gesundheitsstadtrat (*Applaus SPÖ*). Alle Fraktionen können daran teilnehmen, meine Damen und Herren, und wir können uns dann darüber informieren, was die tatsächlichen Probleme zum Thema Lärm, Lärmbelästigung, Gesundheitsschädigung, die im Bereich von Lärm sind, das was der Bürgermeister hier vorgeschlagen und mit Hilfe der Vorstände der Stadtwerke offenbar auch durchgesetzt hat, Herr Direktor Malik sitzt oben, wird das ja vielleicht bestätigen können, ist desgleichen Geisteskind wie die Vertreibung der sogenannten Punks vom Erzherzog-Johann-Denkmal mit Hilfe von Buchsbäumchen. Es ist nämlich nur so oben drüber, es ist Camouflage, es tut so, als ob ein Problem angegangen und gelöst werden würde, es löst aber kein Problem, weil eines garantiere ich auch dir, Herr Wissenschaftshofrat: Wir werden in einem halben Jahr, das wird nicht mehr herausgenommen werden, ich sage das jetzt einmal so taxfrei voraus, der Antrag vom Kollegen Grosz wird in der Minderheit bleiben, weil die Grünen das nicht mittragen können, weil sonst es die Koalition doch schon zu sehr belasten würde in dieser wesentlichen Frage. Trotzdem in einem halben Jahr werden alle so telefonieren, als ob nie etwas gewesen wäre, aus einem einfachen Grund: Dem Herrn Bürgermeister fehlt die Autorität, um das mit seinem Wort auch durchzusetzen, weil sonst bräuchte er das Gebot nicht, das ist alles (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Komödiantenstadel da vom Kollegen Grosz und dem durchaus interessanten Standpunkt vom Kollegen Kowald, das ist ja doch etwas, was man nicht unbedingt mitbedenkt, es ist interessant, möchte ich doch auch grundsätzlich etwas zu dieser Thematik sagen. Mir kommt es ja ein bisschen so vor, es dient etwas zur Belustigung heute, das hat angefangen bereits bei der Anfrage hinsichtlich Vorwort etc. und die wichtigen Themen kommen dann irgendwann am späteren Nachmittag und da sollte man sich vielleicht auch einmal überlegen, wie man damit umgeht. Gut, ich nehme dazu Stellung. Prinzipiell ist es ja ein gutes Ansinnen, gegen die Ruhestörung und gegen die Belästigung mit Lärm aufzutreten. Sie haben natürlich Recht, dass es für viele unangenehm ist, in den öffentlichen Verkehrsmitteln, wenn es da dauernd bimmelt und schrille Klingeltöne zu hören sind und laut telefoniert wird, aber nicht nur dort, das muss man ja auch sagen, weil wir erleben ja das auch in Theatern, in der Oper und da frage ich mich, wie Sie das dann dort machen wollen oder beziehungsweise ob Sie da ähnliche Ideen auf den Tisch bringen, weil ich glaube, dann fühlen sich die Theaterbesucher doch auch gestört, wenn hier Ordnungsdienst hereinkommen würde und jemandem sagen würde, hier ist nicht zu telefonieren. Also ich glaube, das zeigt schon, wie belustigend dieses Thema ist. Aber eines muss man Ihnen lassen, Sie haben dieses Thema sehr, sehr gut medial auch inszeniert, verkauft in Konsens, muss man dazusagen, mit den Grazer Stadtwerken beziehungsweise den Verkehrsbetrieben, denn wir sind uns, glaube ich, alle einig, dass, wenn die dort nicht mitgespielt hätten, Sie baden gegangen wären mit dieser Verordnung oder mit diesem Gebot und es ist Ihnen gelungen, über Graz hinaus da Aufmerksamkeit diesbezüglich zu erregen. Ob es jetzt gut war für die Stadt Graz, das bleibt dahingestellt, da gibt es auch in der Bevölkerung, Sie haben auch sehr fragwürdige Umfragen da zitiert, unterschiedliche Meinungen, aber eines scheint klar zu sein, also ich persönlich verstehe den Hype, und so muss man es formulieren, und dieses Thema ja nicht, für mich ist das nicht ganz nachvollziehbar und einige andere gehen natürlich her und wollen sich im Schatten dann dieser Debatte billig profilieren, anders kann ich das hier nicht nennen und was hier natürlich auch versucht wird in sehr aktionistischer Art und Weise, ist natürlich das kürzeste Gebot in der Geschichte der Stadt Graz in Szene zu setzen, das ist natürlich auch etwas, was da mitspielt. Wir haben natürlich da eine grundsätzliche Meinung, die ist aus unserer Sicht ebenfalls wert angesprochen zu werden, nämlich die Frage über den Umgang mit den persönlichen Freiheitsrechten

und auch mit dem Umgang der Mündigkeit der Bürger. Wir erleben ja momentan sowieso eine Entwicklung seitens des Staates oder seitens der großen Koalition, der Regierung, wo es ja immer mehr dahin geht, persönliche Freiheitsrechte einzuschränken, den privaten Bereich und Freiraum immer mehr zu reglementieren. Stichwort zum Beispiel Rauchverbote, das ist ja zwar eine gesetzliche Regelung, die ja da auf uns zukommen droht, sage ich einmal, obwohl es ja auch darum geht, den Menschen die freie Entscheidung durch eine in diesem Fall gesetzliche Regelung eben abzunehmen und mir ist schon klar, dass ein Gebot oder ein Verbot natürlich den Sinn hat, jemanden zu schützen, indem es eben eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung darstellt, aber auf der anderen Seite, und dessen muss man sich bewusst sein, werden auch wieder Freiheitsrechte eingeschränkt und das ist etwas, wogegen ich mich und auch meine Fraktion sich verwehren. Und genau darum geht es auch beim Handygebot. Die Frage, ist es grundsätzlich richtig, den Bürgern die freie Entscheidung über das Telefonieren in den öffentlichen Verkehrsmitteln abzunehmen, um eben damit andere vor einer Lärmbelästigung zu schützen, und darauf lautet die Antwort ganz klar, nein, es ist nicht richtig. Es handelt sich hier um, sagen wir unter Anführungszeichen „eine Moralgesetzgebung“ und entscheidend ist, vielmehr muss es der Mündigkeit der Bürger überlassen bleiben, wie sie sich in der Öffentlichkeit diesbezüglich verhalten, die einzige Legitimität, hier einzuschreiten, ist eine Einforderung von Rücksichtnahme, das hängt natürlich damit zusammen, Erziehung ist vorher schon erwähnt worden, damit hängt das zusammen. Rücksichtnahme, wir erleben das momentan sehr häufig, dass die Menschen aufeinander nicht mehr wirklich Rücksicht nehmen und in diesem Fall ist es ja auch so und da kann man als politische Instanz hergehen und diese Rücksichtnahme auch von den Menschen einfordern, einen Bewusstwerdungsprozess diesbezüglich in Gang setzen, das ist Ihnen ja, das muss man zugestehen, ja teilweise gelungen. Alles andere geht für uns diesbezüglich zu weit. Danke (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Binder**: Ich gehöre offenbar zu jenen GemeinderätInnen, die tatsächlich jeden Tag mehrmals mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist. Denn was ich heute so an Wortmeldungen vernommen habe, das kommt von jenen, die offenbar die öffentlichen Verkehrsmittel mehr von außen sehen als von innen. Ich bekenne mich

dazu, dass ich es für ausnehmend wohltuend empfinde, dass das Telefonieren in den Straßenbahnen tatsächlich zurückgegangen ist. Ich spreche nicht einem Gebot oder einem Verbot das Wort, da haben wir uns eindeutig und klar auch durch die Anfrage vom Kollegen Baumann deklariert und geäußert. Aber zu glauben, und das ist für mich eine sehr naive Sache, zu glauben, dass man es schon der Freiheit jedes Einzelnen und jeder Einzelnen überlassen kann und soll, ob jetzt jemand telefoniert und wie jemand telefoniert, das funktioniert so überhaupt nicht. Denn auch die freundlichen Pickerl, und der Kollege Eichberger ist jetzt gar nicht da, bist du da, doch, die freundlichen Pickerln, dass man den Platz jenen Menschen überlassen soll, die sitzen sollen, weil sie auf Grund des Alters usw. schwer stehen, auch dieser Platz wird ganz, ganz selten tatsächlich freiwillig zur Verfügung gestellt. Ich beobachte das tatsächlich jeden Tag. Ich bin froh, nicht mehr rund um mich herum die unterschiedlichsten Handytöne und Handymusik hören zu müssen, ich bin froh, dass ich nicht höre, wie der angesoffene Alte gestern heimgekommen ist und ich bin froh, dass ich keine Scheidungsgeschichten mehr miterleben muss, weil die Intimität eines Telefongesprächs nicht mehr gegeben ist und ich will diese Geschichten nicht dauernd hören müssen. Mir passt es, wenn Menschen leise ihre Telefongespräche in den öffentlichen Verkehrsmitteln durchführen können und ich nehme an, das wird auch in nächster Zeit so geschehen, wir sind gegen jegliche Sanktionen, aber auf der anderen Seite glaube ich, dass wir Regeln brauchen, die gewisse Dinge einfach einschränken. Wenn ich natürlich ständig mit meinem Auto unterwegs bin, dann stören mich die Telefonierereien in den Straßenbahnen und Bussen auch nicht, aber das bin ich nicht (*Applaus Grüne*).

StRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Alle die hier heute sich zu Wort gemeldet haben und mehr Sensibilität beim Telefonieren mit Mobilfunkgeräten appelliert haben, kann ich nur unterstützen. Ich habe selber erst seit drei Jahren eines, weil, und das nur aus der Not, weil alle gesagt haben, das geht nicht, dass du keines hast, weil man dich sonst nie erreicht, ich glaube zwar, dass man sogar jemanden erreicht ohne Mobilfunk. Herr Bürgermeister hat schon gesagt, mehr rücksichtsvollerer Umgang und auch dass nicht nur das Individualrecht, sondern auch das Gemeinschaftsrecht mehr in den Vordergrund rücken soll, da rennen Sie offene Türen bei uns ein, weil genau das ist das Problem überhaupt unserer

Gesellschaft, dass nur der Einzelne mehr zählt, es kommt nur auf dich allein drauf an und Solidarität und Gemeinschaftsgefühl immer mehr hintangestellt wird. Das ist aber ein anderes Kapitel. Das Thema Lärm ist aber eines, das nicht neu ist. Die Diskussion um die Gesundheit von Menschen, und es ist die KPÖ, und da braucht man gar nicht stolz darauf zu sein, die 1999 hier, das weiß ich selber noch sehr genau, da waren wir eine kleine Fraktion, noch kleiner wie jetzt, dieses Thema immer wieder zur Sprache gebracht hat und nicht weil wir dies erfunden haben, sondern weil die Bewohner, gerade in der Grazer Innenstadt, die vor allem in den Sommermonaten durch den Gastgartenlärm und durch eine Eventkultur, die immer mehr Platz greift, wo es anscheinend egal ist, wie es den Menschen, die hier leben, gefällt, ob bis in die späten Abendstunden hinein hier wirklich über Lautsprecher Musik und Lärm gemacht wird, das haben wir hier zur Sprache gebracht und es hat drei Jahre lang gebraucht, bis wir endlich Veranstaltungsrichtlinien hier im Gemeinderat gemeinsam dann beschlossen haben. Gleichzeitig aber beinhalten diese Veranstaltungsrichtlinien aber auch den Passus, dass der Stadtsenat jederzeit Veranstaltungen außerhalb dieser Richtlinien beschließen kann. Ich halte das für falsch und auch da sollte man hinterfragen, weil wir haben heute gehört, die Fußballeuropameisterschaften finden jetzt statt, die Chorolympiade, die wunderbar ist, brauchen wir gar nicht diskutieren, aber Sie müssen sich auch überlegen, was das für die Bewohnerinnen und Bewohner in der Grazer Innenstadt bedeuten wird. Morgen Freitag wird im Stadtsenat unter anderem ein Stück behandelt, wo es um das Public-Viewing in den Gastgärten geht. Ich frage hier alle Kolleginnen und Kollegen hier im Grazer Gemeinderat und das würde mich auch interessieren, wie du das dann beantwortest, wenn man jetzt Fernseher draußen aufstellt und selbst wenn man sagt, die sollten leise sein, also wir sind ja keine Utopisten, dass wir glauben, dass sich die Leute daran halten, soviel Ordnungsorgane haben wir gar nicht, dass die das überwachen können und das schaue ich mir an, wie man eine vor Begeisterung, was ich auch verstehe, mir taugt ja Fußball selber, eine Gruppe, die da mitfiebert und mitkämpft mit ihrer Mannschaft, dann so zähmt, dass sie sozusagen nicht lärmbeeinträchtigend für die Bewohner in der Innenstadt sind. Zu sagen, wir haben kaum Beschwerden, das ist ein Leichtes, die BewohnerInnen in der Grazer Innenstadt haben resigniert und das schon vor vielen Jahren. Und die Konsequenz ist, dass viele wegziehen und das ist etwas, was ich wirklich fürchte, weil ich finde, dass gerade unsere Altstadt, die immer sehr gepriesen wird, in erster Linie davon lebt, dass wir hier noch Menschen haben, die eine Innenstadt erleben und nicht nur

Geschäfte und Büroräume haben. Ich würde wirklich allen Ernstes den Vorschlag auch vom Stadtrat Riedler unterstützen, dass man wirklich zu dem Thema Lärm alle Parteien hier im Haus unterschiedlich, wir reden gar nicht vom Lärm am Arbeitsplatz oder wie viele Menschen an lärmfrequentierten Straßen, unter anderem sehr, sehr viele Gemeindemieter und –mieterinnen, um das nur von der sozialen Komponente sich anzuschauen, leben und für die Leute hat sich eigentlich hier noch kaum wer stark gemacht (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr**: Ich habe auch ein Buch mit, aber ohne Vorwort vom Bürgermeister, aber es ist ein sehr spannendes Buch, die Lärmspirale, ist derzeit im Grazer Buchhandel nicht erhältlich, weil man es gut verkauft hat auf Bestellung allerdings.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Auch vom Hofmann.

GR. **Mayr**: Nein, nicht vom Herrn Hofmann...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Chibici?

GR. **Mayr**: So ist es, genau, liebe Freunde, da ist alles nachzulesen für alle, die glauben, Handytelefonieren, Nachbarschaftslärm, alles andere wäre sozusagen kein Stressproblem, wäre kein gesundheitliches Problem und wäre nicht eine Frage des Miteinanderlebens und des gemeinsamen Auskommens, des Zuhörens usw. Liebe Freunde, wenn das ein Ablenkungsmanöver des Bürgermeisters gewesen wäre, dann würden wir nicht jetzt schon eine Stunde zum Thema Lärm diskutieren und

wahrscheinlich auch zwei Stunden insgesamt dann nach dem Dringlichen. Also es war ganz entscheidend, einmal auf ein zentrales Problem in der Stadt hinzuweisen, nämlich auf den Lärm. Und da gibt es zwei wesentliche Aspekte, das ist der Lärm, der sich aus dem Verkehr, Baustellen und allem Ähnlichen ergibt, ein ganz zentrales Thema, ein zweites Thema, das hat etwas mit Rücksichtnahme und Toleranz und mit einem Miteinanderleben zu tun. Ich glaube, Veranstaltungsrichtlinien usw, vollkommen richtig, und jetzt hat der Bürgermeister es geschafft mit dem Handyverbot, das ja plakativ ist, oder mit dem Handygebot, aber dieses Thema zum Nummer-eins-Thema in Graz zu machen und ich glaube, das war der entscheidende Punkt. Der Kollege Eichberger würde ein bisschen weiter vorne im Gemeinderatssaal sitzen, hätte seinem Gesundheitsstadtrat vielleicht schon früher den Tipp geben können, dass man eine Lärmenquete macht, als Gesundheitsstadtrat hätte er sich zum Thema Lärmtag wahrscheinlich etwas einfallen lassen können. So ist er halt nach dem Handyverbot draufgekommen, auch als Gesundheitsstadtrat das Thema Lärm auf seine Agenda zu setzen. Jetzt haben es mittlerweile alle Parteien, der gesamte Gemeinderat auf der Agenda. Ich glaube, die Umweltstadträtin und der Bürgermeister werden zum Thema Lärm ein sehr gutes Paket in dieser Gemeinderatsperiode schnüren, das allen Grazerinnen und Grazern zugute kommen wird (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf darauf hinweisen, dass wir erst zu Beginn der Anfragen sind. Ich freue mich riesig, und da soll noch einer sagen, dass das kein Thema wäre, was wir jetzt hier diskutiert hätten. Der sozialdemokratischen Fraktion, vor allem dem Kollegen Eichberger, der jetzt nicht mehr da ist, du bist da, dir möchte ich ein paar Dinge sagen, weil du das so deutlich ausgeführt hast und das möchte ich dir gerne sagen. Du hast mit den Blumen am Hauptplatz begonnen und ich weiß, ich habe wahrscheinlich eine Gabe dafür, aber vielleicht führt es auch dazu, dass letzten Endes die Grazerinnen und Grazer mir und meiner Fraktion wieder 38,37 % bei der Wahl gegeben haben...

Zwischenruf GR. Grosz: Nur kein Übermut! Hochmut kommt vor den Fall.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...weil, und zwar ganz wichtig, weil du gesagt hast, keine anderen Probleme der Stadt von mir gesehen werden. Ich glaube, dass ich viele Probleme sehe, dass ich im Gegensatz zu vielen anderen hinschaue, mir dann überlege, wie kann man es lösen und dann in der Politik und auch hier im Rathaus sehr oft auf Widerstand stoße, weil Leute hier nicht mittun und mitgehen wollen. Aber das waren sehr viele Sozialdemokraten, die damals zu mir gekommen sind und gesagt haben, Herr Bürgermeister, wir müssen jeden Tag den Dreck am Hauptplatz wegräumen, wir kriegen relativ wenig bezahlt für das und lassen uns dann noch beschimpfen und, und, und. Und es waren viele Beschwerden von Menschen in dieser Stadt da, die dazu geführt haben, dass ich dann gesagt habe und jetzt machen wir was am Hauptplatz. Ich habe für keine Maßnahme Mehrheiten gefunden, also habe ich zu einem Mittel gegriffen und das war ein gelindes Mittel, es waren die berühmten Buchsbäumchen rund um den Erzherzog Johann. Aber Riesenaufregung, aber es ist was passiert, weil über diese Personengruppe, die Punks, haben wir jetzt erst im letzten Gemeinderat wieder diskutiert. Wie die letzten 12, die schon in Arbeitsprozessen sind, jetzt wirklich noch wo unterzubringen sind. Es war ein Wirbel, den Wirbel gibt es nimmer, sie sind in Arbeitsprozessen, ich bin glücklich drüber, da haben vorher viele Menschen, die die Verantwortung gehabt hätten, etwas zu tun,...

Zwischenruf GR. Eichberger: Aber nicht wegen der Bäume!

Bgm. Mag. **Nagl**: ...hätten vorher reagieren sollen und das waren sozialdemokratische Verantwortungen und dann haben wir gesagt und jetzt auf einmal gibt es mehr Geld, auf einmal gibt es mehr Betreuer, auf einmal waren Konzepte da. Gott sei Dank, ich habe was ausgelöst. Und das wollte ich da schon einmal deutlich sagen und wenn heute der Herr Finanzstadtrat außer Dienst und jetzige Kulturreferent Dr. Wolfgang Riedler mir hier mitteilt, dass, und auch du, dass im Umweltbereich der Bürgermeister schon vielmehr hätte tun können, dann frage ich mich, wer die letzten fünf Jahre für den Umweltbereich und das Thema Lärm verantwortlich war und dann sage ich nur eines positiv wieder, der Kollege Wolfgang

Riedler hat jetzt schon eine Gesundheitsenquete zum Thema Lärm gesagt, also schon wieder eine positive Auswirkung des Themas, das ich ja angeschnitten habe, und das ist das Schöne dran,...

Zwischenruf GR. Eichberger: Es ist unwahrscheinlich, was du alles zusammenbringst.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...also noch einmal, wir haben eine schöne Verteilung und unser Umweltressort hat sich sehr viel mit Tunesien und sehr wenig vielleicht mit dem Thema Lärm hier zumindest politisch beschäftigt, wir haben eine wunderbare Abteilung, die macht auch viel, aber...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Moment einmal, sehr tief, es wird mir vorgeworfen Untätigkeit über fünf Jahre. Wir haben in der Stadt Graz eine klare Aufteilung und wenn der Kollege Eichberger hinausgeht und all das sagt, was er gesagt hat, dass ich mich nicht um die Probleme der Grazerinnen und Grazer kümmere, dann gebe ich auch eine deutliche Antwort und die deutliche Antwort lautet: Es passiert dann was, wenn man drüber diskutiert. Und jetzt sage ich noch einmal, ich möchte weder haben, dass einem Kind in einer Straßenbahn ein Eis weggenommen wird, ich möchte auch nicht haben, dass jemand hinauskomplimentiert wird, ich möchte mehr Rücksichtnahme haben. Wir haben etwas thematisiert, was anscheinend nicht nur uns da herinnen unter den Nägeln brennt. Wie gehen wir mit der Gesellschaft, mit unseren Nachbarn um, wie gehen wir mit neuen technischen Errungenschaften um, und noch einmal, ich sehe das ja, mein kleiner Bub mit zwei Jahren steht heute mit einem Handy

schon da und imitiert, ohne dass er wirklich telefoniert, die Erwachsenen. Wir alle leiden darunter, aber wir nutzen es auch und brauchen es auch, das ist das Einzige, was mich an der Debatte jetzt wirklich gefreut hat. Ich bitte, da nochmals drüber nachzudenken, ob die Regelung, die die Grazer Verkehrsbetriebe jetzt auch gefunden haben und auch mittragen können, weil diese Formulierungen sind dort entstanden, auch im Vorstand, nicht auch gelebt werden können, hat zu mehr Toleranz geführt und bitte, nicht alles nur ins Lächerliche zu ziehen. Politik, sage ich jetzt noch einmal, ist eine Weisheit, die ich von einer 70-jährigen Dame in Graz einmal bekommen habe, heißt, eine Meinung haben. Und ich habe die Meinung, und die habe ich nach außen vertreten und sie hat viel Wirbel ausgelöst und an den Tischen ist es diskutiert worden heftig, es gibt Befürworter, es gibt welche, die ich habe, offen und ehrlich, und die Kollegin Binder hat es auch deutlich gesagt, dass vieles, was wir da als Errungenschaft und als technischen Fortschritt feiern, in Wahrheit ein Rückschritt ist und Menschen belastet. Über das Thema Stress, Reizüberflutung und, und, und, werden wir wahrscheinlich die nächsten Jahre noch viel diskutieren und die Stadt Graz hat damit einen Knalleffekt einmal gehabt, aber auch in vielen anderen Städten wird diskutiert, was man alles tun kann und ob man dem Beispiel nicht folgen kann und in vielen U-Bahnen Europas ist im Übrigen das Telefonieren längst verboten. Es wird interessant, wieso...ich wünsche dir auch einen Überseeflug nach Amerika und...

Zwischenruf GR. Grosz: One-way-Ticket?

Bgm. Mag. **Nagl**: Darüber werden wir einmal ein Gespräch führen. Die Verwechslung, Herr Gemeinderat, deinerseits zwischen GVB und GKB, also die Strecke Deutschlandsberg - Graz und Klimaanlage und Geräuschempfindung etc.
...

Zwischenruf GR. Grosz: Ein Stellungslüfter, ich korrigiere mich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ist es ja auch so, ich bin ja dort gerne, aber du musst immer wissen, wenn du noch nie in der Grazer Straßenbahn gefahren bist und die Geräusche da nicht kennst, würde ich dich einmal einladen, auch was du von dir gibst punkto Einsteigen und Menschen in Straßenbahnen würde ich dich bitte, einmal ernsthaft zu überdenken.

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Und den hörst du noch, ich gratuliere dir. Es war ja auch wichtig, dass jemand mit seinem Handy bei der Pressekonferenz anwesend war, weil der Kollege Grosz hat einfach eindeutig dort demonstriert, wie lästig das sein kann, wenn neben dir jemand steht und dauernd Lärm macht. Ich bedanke mich auch für dies, es war eine wesentliche Unterstützung bei der Pressekonferenz.

7) Bäderpreise in den städtischen Freibädern und Hallenbädern

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es ist anzunehmen, dass über dieses Thema wahrscheinlich keine zwei Stunden diskutiert wird und das ist auch gut so. In der letzten Gemeinderatssitzung im April dieses Jahres wurde ein gemeinsamer dringlicher Antrag bezüglich der Senkung der Eintrittspreise in die städtischen Schwimmbäder einstimmig beschlossen. Erfreulicherweise gab es von

Seiten der Grazer Freizeitbetriebe GesmbH schnell eine Reaktion und die Preise für Kinder und Jugendliche wurden geändert.

Leider blieben die Eintrittspreise für Erwachsene und auch die Saisonkarten unverändert hoch.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Das stimmt nicht.

GRin. **Bergmann:** Dies trifft jedoch eine nicht unbeträchtliche Zahl von Bäderbenützern, wie zum Beispiel Pensionisten unter 60 Jahren und Menschen mit einer Invaliditätspension, die nicht in den Genuss von Ermäßigungen kommen. Gerade diese Gruppe von Menschen bevölkern die Schwimmbäder auch an Wochentagen, wo Berufstätige und Familien nur spärlich anwesend sind und haben in den meisten Fällen auch mit einem kleinen Einkommen zu kämpfen.

In der Zwischenzeit, wie aus den Medien zu lesen war, hat auch das Schwarzl Freizeitzentrum vor den Toren der Stadt die Preise gesenkt und wird wahrscheinlich zusätzlich Grazer Bäderbesucher abwerben. Bei einem Preisunterschied von € 71.- für die Saisonkarte ist dies nicht schwer nachzuvollziehen. Da werden auch angebotene Events und diverse Attraktionen, wie geplant, in den Grazer Bädern nicht zusätzlich besonders viele Gäste anlocken.

Die Frage, ob halbleere Bäder mit hohen Eintrittspreisen oder volle Schwimmbäder mit niedrigeren Preisen wirtschaftlicher sind, wäre sicherlich zu hinterfragen.

Daher stellt ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind sie bereit, sich weiterhin bei der Grazer Stadtwerke AG dafür einzusetzen, dass die Preispolitik bezüglich der Grazer Schwimmbäder nochmals überdacht wird (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Volksschule Gösting

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Eine Anfrage an Sie bezüglich der Volksschule Gösting. Folgendes Problem ist aufgetreten: Eine gefährliche Situation in Punkto Schulwegsicherung ergibt in der Volksschule Gösting, Anton-Kleinoscheg-Straße 44 folgende Situation:

Seit der provisorischen Besetzung der Schule mit Herrn Leiter Armin Czubik haben die Schüler der Volksschule, die verkehrstechnisch früher von auswärts zur Schule kommen, nicht mehr die Möglichkeit, bis zum Beginn der Schule diese etwas früher zu betreten, um darin gefahrlos auf den Schulbeginn zu warten.

Die Schüler müssen nun vor der Schule neben der in der Früh sehr stark befahrenen Anton-Kleinoscheg-Straße auf den Einlass in das Schulgelände warten. Vom provisorischen Leiter wird dies mit dem Argument begründet, dass er so früh kein Aufsichtspersonal zur Verfügung stellen kann, da dieses bezahlt werden müsste. Verhandlungen mit dem Elternverein sind zwar im Gange, eine Lösung wurde aber vom provisorischen Leiter erst für den Herbst des Schuljahres 2008/09 in Aussicht gestellt.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, diese für die Schüler der Volksschule Gösting gefährliche Situation in Punkto Schulwegsicherung abzustellen und eine sofortige Entscheidung zu treffen?
(Applaus KPÖ)

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, die Geschichte muss man sich möglichst schnell anschauen, wir werden einmal versuchen, mit dem provisorischen Leiter, dem Herrn Czubik, ins Gespräch zu kommen, damit wir das wieder entschärfen. Ich lasse es geschäftsordnungsgemäß aber auch laufen, aber das ist ein wichtiges Thema für uns alle.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Zeitliche Verlängerung der Buslinie 30

GRin. Mag.a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag.a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Während der Fußball-EM finden in der Innenstadt zwei große Public-Viewing-Events statt, die von tausenden Besucherinnen und Besuchern frequentiert werden dürften. Neben anderen Fragen, die vor allem die Anrainer und Anrainerinnen treffen, ist auch die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr ein Problem.

Die Bezirksvorsteherin des 1. Bezirks, Frau Ludmilla Haase, hat deshalb den Vorschlag gemacht, dass die innerstädtische Buslinie 30 während dieser Zeit (also vom 7. bis zum 29. Juni) auch in den Abendstunden bis zum Ende der jeweiligen Spiele verkehren sollte.

Die GVB ist unseres Wissens bereit – bei entsprechender Finanzierung durch die Stadt Graz – diesen Vorschlag aufzugreifen

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Verkehrszeiten der Linie 30 während der Zeit der Fußball-EM ausgedehnt und auch andere Maßnahmen gesetzt werden, um für Besucherinnen und Besucher der Public-Viewing-Veranstaltungen ein attraktives Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel zu machen? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Magister, das ist natürlich ein Riesenthema, niemand von uns weiß, wie viel Menschen tatsächlich in die Innenstadt strömen werden. Ich gehe davon aus, dass es wirkliche Menschenmassen sein werden. Die Eurobegeisterung wird mit jedem Spiel dann auch wachsen und sich steigern. Wir haben in Graz sehr viele Menschen aus vielen Nationen, die hier von Haus aus leben. Mittlerweile wissen wir aus dem Tourismusbereich, dass es auch sehr, sehr viele Nationen gibt, die in Graz nächtigen werden, um auch hier Spiele zu besuchen. Enorme Zahlen, glaube ich, aus Polen werden erwartet, was Zimmerreservierungen usw. anbelangt, das heißt, wir müssen uns sehr professionell auf diese Public-Viewing-Geschichte vorbereiten. Das Thema des Busses 30 ist nur ein kleiner Baustein, ich glaube, es geht um ein ordentliches Angebot. Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe erst diese Woche mit dem Herrn Magistratsdirektor drüber gesprochen, wie wir zum Beispiel auch den Ärztenotdienst finanzieren und organisieren, auch über 23.00 Uhr hinaus, weil es wird halt so sein, dass bis 23.00 Uhr die Organisation auch den public-Viewing-verantwortlichen Medienkonzernen mitüberantwortet ist und sie dafür auch

aufzukommen haben, aber es wird natürlich dann danach noch weitergehen und wir werden in der Zeit wahrscheinlich auch einiges erleben und da gilt es, also vom Sicherheitsbereich über die medizinische Versorgung bis zur Erreichbarkeit noch viele Vorbereitungen auch zu treffen, da gibt es auch die Verhandlungen und ich bringe Ihren Punkt auch gerne mit ein (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Fußball Euro 2008 Auswirkungen auf Graz

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bezüglich Thema Fußball Europameisterschaft 2008, Auswirkungen auf Graz sind jetzt vorweg schon einige Antworten gefallen, aber ich möchte diese Anfrage trotzdem stellen. Die Euro 2008 in Österreich und der Schweiz beginnt in genau 30 Tagen, auf den Tag genau am 7. Juni 2008 mit dem Eröffnungsspiel Schweiz gegen Tschechien. Am darauf folgenden Tag findet im Klagenfurter Wörtherseestadion das erste Gruppenspiel der Gruppe B Deutschland gegen Polen statt. Am 12. Juni folgt in Klagenfurt das Gruppenspiel Kroatien gegen Deutschland, am 16. Juni dann das Gruppenspiel Polen gegen Kroatien ebenso in Klagenfurt. Alle Spiele dieser Gruppe werden von der Exekutive aufgrund extrem gewaltbereiter Fangruppen als Risikospiele eingestuft.

Wenn auch Innenminister Platter bekräftigt, er wolle die größte je in Österreich stattgefundenene Veranstaltung sicher, friedlich und unvergesslich mit dem größten je gesehenen Polizeiaufgebot von 27.000 Polizisten über die Runden bringen, so gebe ich zu Bedenken, dass sich diese Äußerung in erster Linie nur auf die Austragungsorte Wien, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt bezieht.

An die 1000 steirische Polizistinnen und Polizisten, davon allein weit über 100 Polizisten aus Graz, werden während der Fußball-Europameisterschaft ihren Dienst in Klagenfurt verrichten. Für Graz bedeutet das dann eklatante Sicherheitsrisiken, so wird während der EURO ab Mitternacht die Zahl der Polizeiinspektionen im Grazer Stadtgebiet quasi halbiert - was so viel heißt, dass aus zwei Wachzimmern in der Nacht de facto eines wird und Polizisten auf Streife dann zwei Rayons abfahren müssen. Schon jetzt aber passieren im Grazer Stadtgebiet täglich zwischen 50 und 100 Straf- und Gewalttaten.

Graz als geographisch zentral gelegene Stadt zwischen Wien und Klagenfurt wird einen Ansturm von polnischen und kroatischen Fangruppen zu erwarten haben, sehr viele von ihnen sehr gewaltbereit.

Ich möchte dazu noch feststellen, dass während der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland, die von allen Experten im Vorfeld als friedlich gepriesen und eingestuft wurde, über 9000 gewaltbereite Fans festgenommen und über 500 Polizisten und Polizistinnen verletzt wurden.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Welche Maßnahmen haben Sie gegen die zu befürchtenden Eskalationen im Grazer Stadtgebiet getroffen, die dazu führen, dass zusammen mit den Einsatzkräften der Exekutive, der Feuerwehr und den Rettungskräften die Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger gewährleistet wird? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, auch für diese Anfrage. Selbstverständlich hat der Herr Magistratsdirektor einen Verantwortlichen bestimmt, nämlich Herrn Mag. Hübel aus dem Referat für Katastrophenschutz, wir sind natürlich im ständigen Kontakt. Ich habe gerade vorhin gesagt, auch die medizinische Betreuung danach etc., das ist alles ein Thema und ich kann Ihnen versichern, dass hier die Vorarbeiten schon

laufen und dass wir auch einen Bericht demnächst erwarten, wie wir das auch wirklich meistern werden. Aber die Herausforderungen sind da groß, es werden natürlich auch beide Medienkonzerne dementsprechend die Werbetrommel rühren und dieses gemeinschaftliche Erleben des Fußballs war ja auch bei der deutschen Weltmeisterschaft ganz gewaltig, mit solchen Zahlen hat niemand gerechnet und wir haben uns da bestmöglich vorzubereiten.

11) Reptilienfachmann Hubmann

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im Kurier vom 23. April 2008 war auf Seite 13 zu lesen, dass der bekannte Reptilienfachmann, Herr Hubmann, einen Prozess gewonnen hat. Wie oftmaligen Medienmeldungen zu entnehmen ist, nimmt die Haltung von gefährlichen und giftigen Tieren in privaten Haushalten in der Landeshauptstadt Graz offenbar zu. Offenbar benötigen immer mehr Menschen im Zeitalter der kollektiven Langweile den ultimativen Kick, Gifttiere ihr Eigen zu nennen. Es gehört leider auch für einige Grazerinnen und Grazer zum guten Ton, zu Hause Klapperschlangen und Kobras als Haustiere zu halten. Ich persönlich trete grundsätzlich für ein Verbot der Haltung von Gifttieren in privaten Haushalten ein. Leider haben weder der Bundesgesetzgeber noch der Landesgesetzgeber den Mut, diese Entscheidung im Sinne der Allgemeinheit zu treffen.

Der Grazer Reptilienfachmann Hubmann wird immer wieder zu Einsätzen gerufen, die im Zusammenhang mit giftigen Tieren stehen. Sowohl Feuerwehr, Rotes Kreuz und Bundespolizei greifen im Bedarfsfall auf seine umfassenden Kenntnisse zurück. Im oben erwähnten Artikel im Kurier wird Herr Hubmann zitiert, dass die Stadt Graz bei ihm Verbindlichkeiten in beachtlicher Höhe aufweist.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob es den Tatsachen entspricht, dass die Stadt Graz bei Herrn Hubmann Verbindlichkeiten aufweist, wenn ja, in welcher Höhe und wie ist eine weitere Zusammenarbeit zwischen der Stadt Graz und Herrn Hubmann vorgesehen (*Applaus FPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, danke vielmals, ich werde es geschäftsordnungsgemäß wieder erledigen, ich weiß den derzeitigen Stand jetzt nicht, Zusammenarbeit Stadt Graz auswendig. Das ist natürlich ein Thema, das uns schon sehr, sehr lange beschäftigt und wo wir auch gemeinsam mit dem Land Steiermark vorgehen müssen, wie wir mit dem immer größer werdenden Wunsch vieler Menschen, Reptilien und Insekten auch bei sich zu haben und dann nach einiger Zeit doch nicht, umgehen können.

Der Bürgermeister erklärt, der Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.